



Deutsche Polizei

Nr. 12 Dezember 2004

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



**STUDIE:
DEUTSCHLAND
2020**

***Demografisch denken!
Ein Begriff wird missbraucht.***

In dieser Ausgabe:

Tarifrecht:
Tarifvertrag Öffentlicher
Dienst steht unter Ge-
samteinigungsverbehalt

Arbeitsbedingungen:
Die bürolose Polizei
oder das Ende des
Gummibaums

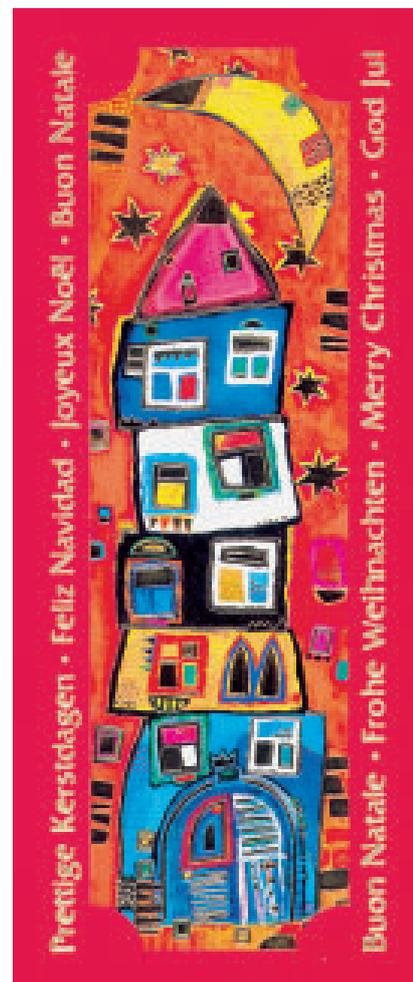
**GdP Aktion –
Nichtraucher werden:**
Es geht nicht gegen
die Raucher, sondern
gegen den Rauch!

Werte:
Wie die Deutschen
so sind

Familie:
Weihnachten in der
Patchwork-Familie –
bunte Mischung

2	KURZ BERICHTET	EUROCOP	18
<i>GdP-Bundesvorstands- und Beiratssitzung: Abgrenzung verdeutlicht und Grundsätze beschlossen</i>		<i>Herausforderung für die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa</i>	
<i>Berlin: Mitbestimmung erhalten!</i>		GdP-AKTION: NICHT- RAUCHER WERDEN!	
<i>Polizei-Führungsakademie: Deutsche Hochschule der Polizei Von Bologna nach Münster</i>		<i>Es geht nicht gegen die Raucher, sondern gegen den Rauch!</i>	
4	KOMMENTAR	<i>Ohne Tabak dick?</i>	22
<i>Teile und herrsche ist gelungen?</i>		KINDER- UND JUGEND- KRIMINALITÄT	26
4/5/	FORUM	<i>GdP-Fachtagung</i>	
6	TITEL/DEMOGRAPHIE	FAMILIEN	27
<i>Demographisch denken! Ein Begriff wird missbraucht.</i>		<i>Weihnachten in der Patchwork-Familie – Bunte Mischung</i>	
12	TARIFPOLITIK	WERTE	30
<i>„Tarifvertrag Öffentlicher Dienst“ steht unter Gesamteinigungsvorbehalt</i>		<i>Wie die Deutschen so sind – Studienergebnisse</i>	
16	ARBEITSBEDINGUNGEN	SENIORENJOURNAL	34
<i>Die bürolose Polizei oder das Ende des Gummibaums</i>		<i>Die Chance der 60plus-Generation</i>	
		BÜCHER	36

Titelbild: Fotos: dpa/Munstermann
Titelgestaltung: Rembert Stolzenfeld



Allen GdP-Mitgliedern und ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein neues Jahr voller Glück, Gesundheit und Optimismus.



Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:
189.283 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Nr. 12 • 53. Jahrgang 2004 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a
vom 1. April 2003

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

GDP-BUNDESVORSTANDS- UND BEIRATSSITZUNG:

Abgrenzung verdeutlicht und Grundsätze beschlossen

Entschieden haben sich die Mitglieder des GdP-Bundesvorstandes auf ihrer Sitzung am 9./10. November in Dessau vom so genannten Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ abgegrenzt. Neben der Verurteilung des Alleingangs von ver.di-Chef Frank Bsirske mit dem Deutschen Beamten-

bund und Innenminister Schily wurde auch das Ansinnen, die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten um letztlich 14 Prozent zu senken, scharf kritisiert. Darüber hinaus wurde das Verhalten von Bsirske als absoluter Vertrauensbruch gewertet. Der DGB sei dadurch stark angeschlagen worden. Mit deutlichen

Worten hat der Bundesvorsitzender Konrad Freiberg inzwischen DGB-Chef Michael Sommer aufgefordert, auch in der Öffentlichkeit die Geheimverhandlungen des „Dreiergestirns“ zu verurteilen und deutlich zu machen, wer im DGB für Beamtenpolitik zuständig ist. Weitere Beschlüsse der BV-

Sitzung betrafen u. a. die Streikordnung der GdP und die GdP-Position für eine zukunftsfähige Finanzierung des Gesundheitssystems.

Weil bei der Zukunftsgestaltung des Gesundheitssystems für die GdP eine sozial gerechte Verteilung der Lasten und eine Entlastung des Faktors Arbeit im Vordergrund steht, setzt sich die GdP für strukturelle Veränderungen in der Finanzierung des Gesundheitswesens ein. Folgende Grundsätze sind dabei zu berücksichtigen:

1. Einkommensbezogene Finanzierung beibehalten

Die GdP setzt sich dafür ein, dass es bei einer Einkommensbezogenen Finanzierung über Beiträge bei den Einkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit bleibt. Damit wird der Finanzierung gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Rechnung getragen.

2. Arbeitgeber müssen ihren Beitrag leisten

Die GdP will an der paritätischen Finanzierung festhalten und die Arbeitgeber auch in Zukunft dabei in die Pflicht nehmen. Damit bleibt ihr Interesse an der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung erhalten. Schließlich stehen die Arbeitgeber in einer besonderen Verantwortung für die gesundheitsgerechte Gestaltung der Arbeitswelt.

3. Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ausweiten

Die GdP will die Krankenkassen ähnlich wie die gesetzliche Rentenversicherung von der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben entlasten. Dazu gehört zuallererst der Familienlastenausgleich. Diese Leistungen sind über Steuermittel zu finanzieren, sie dürfen nicht weiter allein den Beitragszahlern aufgebürdet werden. Die Verschiebepolitik zu Lasten der Krankenkassen muss beendet werden.

4. Personenkreis erweitern

Die Finanzierungsbasis muss solidarisch erweitert werden. Deshalb muss die Versicherungspflichtgrenze abgeschafft und die Versicherungspflicht auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung ausgeweitet werden. Bei Beamtinnen und Beamten gilt das nur für neu in den öffentlichen Dienst eintretende; der Dienstherr über-

nimmt den hälftigen Beitrag.

(Der hälftige Beitrag muss auch Beamtinnen und Beamten gewährt werden, die bereits freiwillig Mitglied in einer gesetzlichen Krankenkasse – GKV – sind. Bestandsbeamtinnen und -beamte erhalten ein Wahlrecht, ob sie in die solidarische Krankenversicherung eintreten oder in der Privaten Krankenversicherung bleiben wollen.)*

5. Andere Einkunftsarten erfassen

Die GdP schlägt für die Finanzierung ein Zwei-Säulen-Modell vor. In der ersten Säule werden dabei Arbeitseinkommen und daraus abgeleitete Einkommen wie bisher bis zur Beitragsbemessungsgrenze verbeitragt. Daneben wird eine zweite Säule in Form eines Anteils an einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge – nicht auf Miet- und Pachteinnahmen – eingeführt. Dieser Anteil wird

von allen Steuerpflichtigen erhoben. Die Einnahmen aus diesem Steueranteil sollen zweckgebunden in die solidarische Krankenversicherung einfließen.

6. Stellschraube Beitragsbemessungsgrenze

Die Beitragsbemessungsgrenze wird wegen der negativen Auswirkungen auf die Arbeitskosten nicht angehoben. Zudem darf es nicht zu einer besonderen Belastung der mittleren Einkommen kommen.

7. Leistungskatalog

Der Leistungskatalog muss auf dem heutigen Stand der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten bleiben.

** Für neu hinzukommende bzw. für freiwillig in der GKV versicherte Beamtinnen und Beamte soll der Arbeitgeber künftig den hälftigen Beitrag übernehmen.*

BERLIN: Mitbestimmung erhalten!

Die Angriffe der Arbeitgeber auf die Mitbestimmung nehmen weiter zu. Einem Aufruf zur Aktion „Pro Mitbestimmung“ der Hans-Böckler-Stiftung, die am 16.11.2004 in Berlin zeitgleich mit der Jahrestagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) stattfand, waren weit über 1.000 Auf-

sichtsräte, Betriebs- und Personalräte, Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Gewerkschaften aus ganz Deutschland gefolgt. Sie protestierten gegen die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände, Mitbestimmung in Aufsichtsräten abzubauen und Betriebsratsrechte einzuschränken. DGB-Chef Michael Sommer

warb für mehr Mitbestimmung auf europäischer Ebene: „Wir müssen dafür sorgen, dass Europa auch ein Europa der Arbeitnehmer wird.“ Die Mitbestimmung habe mitgeholfen, aus der deutschen Wirtschaft einen Exportschlager zu machen. „Wer das nicht einsieht, schadet sich letzten Endes selbst.“ **HMue**



Auch eine Delegation der GdP nahm an der Protestveranstaltung teil. Foto: Großhans

Deutsche Hochschule der Polizei: Von Bologna nach Münster

Es ist keine Städtepartnerschaft, was Bologna mit Münster verbindet. Beide Städtenamen stehen für die Zukunftsfähigkeit eines wichtigen Teils des Bildungssystems: In Bologna einigten sich die Staaten Europas darauf, wissenschaftliche Studiengänge und Abschlüsse zu harmonisieren, und in Münster wandelt sich in naher Zukunft die Polizei-Führungsakademie (PFA) in die Deutsche Hochschule der Polizei, die dem Gedanken von Bologna folgend zu einem Master-Abschluss in „Public Administration – Police Management“ führt.

stock, zur GdP, sollten die Landesregierungen beteiligt werden, um sicherzustellen, dass nach der Verabschiedung des Gesetzes in NRW das anschließende Ratifizierungsverfahren in den übrigen Parlamenten möglichst reibungslos verläuft.

Bereits ab Herbst 2005 soll das Studium an der PFA nach dem Curriculum der Deutschen Hochschule ausgerichtet werden, gewissermaßen als Probelauf. Der „Echtbetrieb“ soll ab Oktober 2007 beginnen.

Bologna lässt auch bei der Ausgestaltung des Curriculums grü-



Ein wichtiges gewerkschaftliches Anliegen kurz vor dem Ziel: Die Umwandlung der PFA in die Deutsche Hochschule der Polizei. Hierüber sprachen Mitte Oktober 2004 (von links) Dietmar Michael (GdP), Wolfgang Birkenstock (Stellvertreter des PFA-Präsidenten), Dr. Wolfgang Kokoska (Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe PFA), Hugo Müller (zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP) und Beate Vossen (LKD'in und Fachbereichsleiterin I Führung, Organisations- und Wirtschaftswissenschaften) Foto: Dicke

Dieses für die gesamte Polizei bedeutsame Thema war auch Gegenstand eines Gesprächs, das die GdP mit der Akademieleitung Mitte Oktober 2004 führte. Bekanntlich hatte die GdP den Weg der PFA zu einer internen Hochschule ebenso beharrlich wie intensiv unterstützt, weil dies der logische Aufbau auf der Fachhochschulausbildung ist, die seit 1979 bei der Polizei obligatorisch ist. Wie in DEUTSCHE POLIZEI bereits berichtet, sollte der entsprechende Gesetzentwurf über die Deutsche Hochschule der Polizei dem Landtag von Nordrhein-Westfalen noch im November 2004 zugeleitet werden. Zuvor, so der Ständige Vertreter des PFA-Präsidenten, Wolfgang Birken-

Ben: In der Erklärung der Wissenschaftsminister der europäischen Länder von 1999 ist davon die Rede, dass die Curricula „modularisiert“ werden sollen – von dem Disziplin bezogenen zum Problem bezogenen Curriculum. Der PFA ist dies nicht neu, weil für die Polizei problembezogenes Denken und Handeln ohnehin Alltag ist.

Eines ist klar: Wenn unter Berücksichtigung der „Europäisierung“ der Studiengänge die künftige Deutsche Hochschule der Polizei zu einem Master-Abschluss führt, dann werden die Fachhochschulen der Länder ihre Studiengänge zu einem Bachelor-Studiengang umstellen müssen. Dies ist bereits in einer Reihe von Ländern auf einem guten Weg. W.D.

WIESBADEN:

BKA-Jahrestagung

Unter dem Motto: „Netzwerke gegen den Terror“ diskutierten zur traditionellen Herbsttagung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden rund 350 Polizisten, Juristen und Wissenschaftler vom 2. bis zum 4. November 2004 über die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Der BKA-Präsident, Jörg Ziercke, referierte am Eröffnungstag über die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im Kampf gegen den Terrorismus. In den Vorträgen namhafter Wissenschaftler und Praktiker aus dem In-

und Ausland wurden die unterschiedlichsten Facetten des internationalen islamistischen Terrorismus analysiert und vorgestellt. Ihren Abschluss fand die Veranstaltung in der ebenfalls schon traditionellen Podiumsdiskussion, in der die Teilnehmer Gelegenheit hatten, in einen Meinungsaustausch mit dem hochkarätig besetzten Podium zu treten.

Eine ausführliche Berichterstattung über die BKA-Jahrestagung wird in der DP 1/05 erscheinen.

now.

LANDESDELEGIERTENTAG SACHSEN-ANHALT:

Gegen schrankenloses Sparen

Unter dem Motto „Polizei 21 – Mit Sicherheit in Sachsen-Anhalt“ fand am 28./29.10.2004 in Halberstadt der 5. Ordentliche Landesdelegiertentag der GdP Sachsen-Anhalt statt. Das Motto verdeutlicht den Willen der Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit den Bürgern dafür zu sorgen, dass nicht nur die Bevölkerung im 21. Jahrhundert in Sicherheit leben kann, sondern dass ebenso die Beschäftigten in unserer Polizei auch in Zukunft gegen einen schrankenlosen Sozial- und Personalabbau in der Polizei auftreten werden.

Mit 64 Stimmen wählten die 68 Mandatsdelegierten Karsten Schmidt erneut zum Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt.

Pe



Mit einer Anti-Paceroman-Schluckimpfung versuchte die JUNGE GRUPPE vor Beginn des Delegiertentages den allgemeinen Sparwahn der Regierung zu therapieren. Auch Staatssekretär Pleye erhielt die Tropfen. Eine ganze Flasche dieser „Medizin“ ging als Geschenk an den Ministerpräsidenten des Landes, Dr. Wolfgang Böhmer.

(Paceroman – in Anlehnung an das lateinische Wort parco = sparen und als Abkürzung für Manie man).

Foto: Petermann

KOMMENTAR

Teile und herrsche ist gelungen?

Eine geradezu anklagende Pressemitteilung gab der Deutsche Beamtenbund am 10. November heraus. Mit der Überschrift „dbb überrascht über



Haltung der Bundesregierung“, beklagte er, dass die Ministerrunde nun einen eigenen Vorschlag zur Föderalismusreform präsentiert hat: Besoldung und Versorgung der Landesbeamten solle allein Sache der Länder werden.

Der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen sieht dies im völligen Widerspruch zu dem zwischen dbb, ver.di und Bundesinnenminister in separatistischer Manie vereinbarten und populistisch bejubelten so genannten Eckpunktepapier zur Beamtenreform.

Eine Enttäuschung, die vorherzusehen war.

Hat er allen Ernstes geglaubt, die Länder ließen sich durch das so genannte Eckpunktepapier von ihrem Kürzungsdrang, den sie auch

über die Besoldung und Versorgung in Eigenregie realisieren wollen, abhalten? Wer sollte sie daran hindern? Schily? ver.di-Chef Frank Bsirske? Oder gar er selbst?

Eine krasse Fehleinschätzung unter der wir noch alle leiden werden.

Denn ihr Angebot zur Besoldungskürzung steht nun ebenso wie der Wegfall des Verheiratetenzuschlags und der unausgelegene Vorschlag zur Leistungsbewertung. Und Berlins Innensenator Körting hat munter bereits zum mutigen Zusatzschlag ausgeholt und weitergehende Kündigungsmöglichkeiten für Beamte gefordert.

Abgesehen von dem erbärmlichen Inhalt des unsäglichen Eckpunktepapiers kommt ein Schlag aber noch aus einer anderen Ecke:

Was ver.di-Chef Frank Bsirske mit seinem heimlichen Alleingang lieferte, das hat dem DGB insgesamt enormen Schaden zugefügt – und damit auch uns. Entsprechend scharfe Worte sind auf unserer Bundesvorstandssitzung in Dessau gefallen.

Bislang haben wir unter dem Dach des DGB in punkto gewerkschaftlicher Zusammenarbeit Vertrauen haben können. Wie soll das jetzt noch funktionieren? Woher sollen wir wissen, ob nicht aus eigennützligen Beweggründen künftig nicht ebensolche Solo-Nummern zu erwarten sind?

Aufs schärfste verurteilten alle GdP-Landesvorsitzenden das Verhalten von ver.di-Chef Bsirske einmütig. In vielen Diskussionsbeiträgen tauchte

das Bild von einem gemeinsamen Haus auf – dem DGB – unter dessen Dach wir als Gewerkschaften solidarisch, gleichberechtigt und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Nach Bsirskes Vertrauensbruch pfeift nun ein äußerst heftiger Wind durchs Gebäude. Das kann so weit gehen, dass uns das Dach um die Ohren fliegt und wir im Regen stehen.

Damit es soweit nicht kommt, muss der Hausherr schleunigst sanieren – so weit das noch möglich ist.

Ich habe daher u. a. in einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer unsere tiefe Besorgnis und Empörung ausgedrückt und ihn gleichzeitig aufgefordert, auch öffentlich in aller Deutlichkeit zu demonstrieren, wer im DGB die Beamtenpolitik vertritt – nämlich der DGB als Spitzenorganisation gemäß § 94 BBG. Und keinesfalls ver.di!

Sonst bleibt bei allem Gezerre um den Beamtenstatus möglicherweise nur noch eines übrig: Stillhalten, Fleiß demonstrieren und Abducken.

Damit genau das nicht passiert, muss der DGB als Spitzenorganisation für die Beamten handlungs- und sprachfähig bleiben. Wir als GdP werden dann unter diesem Dach weiter an einer wirklichen Beamtenreform mitarbeiten, die nicht einseitig vom Sparzwang geleitet wird und nicht den totalen Vorschlägen des Eckpunktepapiers von dbb, ver.di und dem Bundesinnenminister folgt.

**Zu: Brandherd Niedersachsen:
Der Flächenbrand greift über, DP 10/04**

In seinem Artikel zeigt der Kollege Witthaut deutlich auf, was tatsächlich hinter dem „Schöngerede“ der Damen und Herren Politiker steckt; und einer ausführlichen Darstellung von Einsparungen und Kürzungen seit 1992. Da mit weiteren Einsparungen zu rechnen ist, haben tausende Kolleginnen und Kollegen in Hannover demonstriert. Die Reaktion der Politiker hatte ich mir zu diesem Zeitpunkt wie folgt vorgestellt: Sie sehen aus dem Fenster und sagen: Was für ein buntes Bild, mit Trillerpfeifenmusik und „Fahrzeuggetrommel“. Nur – geholfen hat es ihnen auch nichts!

In diesem Gedanken sehe ich mich voll bestätigt. Vergleiche der Nds. Finanzminister Möllring diesen mehr als gerechtfertigten Protest doch tatsächlich mit einem Schützenfest, dazu noch öffentlich in der „Neuen Presse“. Was, so frage ich mich, müssen wir uns von solchen, vor Arroganz strotzenden Politikern noch alles gefallen lassen?

Was mich allerdings noch stutziger macht, ist die Reaktion unserer hochrangigen Polizeiführer – nämlich keine!! Zumindest habe ich noch keinen Kommentar dieser Gruppe gelesen, die sich solidarisch mit ihren Untergebenen zeigt und sich gegen eine solche entgleisende Äußerung des Finanzministers wehrt.

Haben nicht nur die Damen und Herren Politiker, sondern auch schon unsere Vorgesetzten den Kontakt zur Basis verloren? Das scheint der Fall zu sein, wenn mir ein Kollege der GdP sagt, dass es nicht einmal möglich sei, die Polizeiführung an einen Tisch zu bekommen.

Ich kann nur hoffen, dass unsere Gewerkschaften am Ball bleiben und nicht nur die Politiker, sondern auch unsere Polizeiführung wachrütteln; denn die Schmerzgrenze, für die Kolleginnen und Kollegen, vor allem der Basis, ist nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten.

Norbert Hertzog, Norderney

Zu: Wir sind die Guten!, DP 10/04

„Wir sind die Guten!“ Da ist mir zuviel „Front“-Denken drin, auch wenn es gut tun mag, dass „hier die Polizisten“ und „das Gegenüber“ auf einer irgendwie „anderen Seite“ stehen mag. Das führt dann u. a. manchmal dazu, dass Geschädigte bei Anrufen in der Polizeiwache abgekanzelt werden mit den Worten „lernen Sie erstmal richtig Deutsch“. Aber auch in dieser internen Geringschätzung des „anderen“, des in einer jeweils anderen Abteilung arbeitenden Mitarbeiters oder des in einer anderen Einkommensaufstellung angesiedelten Mitarbeiters steckt diese Krankheit, die Du – übrigens durchaus zu Recht – den politischen Kräften vorwirfst. Der Fisch stinkt vom Kopf, natürlich. Und wenn man mit bestimmten Innenpolitikerinnen einen Austausch beabsichtigt, wird man das Gefühl nicht los, dass derjenige Mensch hinter dem Besprechungstisch eines Landtages oder sonst wo wohlwollend zu einem hinabschaut.

Ich würde mir wünschen, dass sich in unserer Republik insgesamt – also wirklich bei allen Bevölkerungsgruppen, beginnend in Regierungen und Organisationen – durchsetzt, jeden Menschen individuell zu betrachten und nicht als Teil irgend einer Gruppe vereinfachend zu verallgemeinern. Da wäre doch schon viel geholfen. Dann kann es geschehen, dass irgendwo ein durchgedrehter Polizist einen Raubüberfall plant oder eine Einheit das organisierte Verbrechen fördert. Dann sind es noch lange nicht „alle“ Polizisten.

Bernward Boden, per E-Mail

Zu: Kommentar: Skandalös, DP 9/04

In meinem Leserbrief (Ausgabe 11/2004) zum Artikel von Konrad Freiberg „Skandalös“, bedauerte ich bereits die Existenz mehrerer Gewerkschaften, die alle auf sich und ihr Programm (was natürlich das Beste ist) fixiert sind. Die großen Vertretungen GdP, DPoIG und BDK verhalten sich

hier wie politische Parteien. Jeder ist bestrebt, seine eigenen Farben in den Vordergrund zu schieben. Ja nicht nur das, denn auch in den Gewerkschaften, auch in der GdP, gibt es den Kampf um Posten und gute Aussichten. Wer da im Chor nicht mitsingt, hat kaum Chancen. Damit schlagen wir uns selbst und die Politik reibt sich die Hände ob solcher Uneinigkeit. Polizeigewerkschaften müssen mit einer Stimme reden. Gewerkschaften können doch nur ein Ziel haben, nämlich soviel wie möglich für Kolleginnen und Kollegen zu erreichen. Und das erreicht man nur durch Einigkeit. Also, setzt euch an einen Tisch und macht endlich gemeinsame Sache. Es gibt sehr viele enttäuschte Kolleginnen und Kollegen. Enttäuschung über die Gewerkschaften. Natürlich ist durch die Arbeit der Gewerkschaft hier und da erreicht worden, dass einige Dinge nicht noch Schlimmer gekommen sind. Das ist zwar in Ordnung, reicht aber nicht. Die Arbeit der Gewerkschaft hat bislang nicht vermocht, der Politik zu vermitteln, dass ihr Kurs falsch ist und auf Dauer schlimme Folgen haben wird.

*Horst Kapp,
Stukenbrock-Senne*

Zu: GdP-Aktion: Nichtraucher werden!, DP 11/04

Eine tolle Aktion und gute Idee. Ich habe es auch geschafft vor über vier Jahren – mit Unterstützung eines Heilpraktikers. Anfangs habe ich an diesen „Wunderheiler“ nicht geglaubt.

Aber ich war bei dem Verlassen der Räume – Nichtraucher. – Keine Schmach, kein Verlangen nichts mehr, alles weg – wirklich. Ich darf nur nicht einen einzigen Zug an einer Zigarette machen, dann bin ich wieder voll dabei.

Thomas Irmer, Bremen



Nach den Krankenkassen jetzt auch die GdP mit einer Antiraucherkampagne. So lobenswert eine solche Initiative auch ist, wäre mir persönlich lieber, die Gewerkschaft hätte sich bei der Lebensarbeitszeit und der Wechselschichtdienstleistenden mehr für die Gesundheit der Beamten ins Zeug gelegt. Ich versehe seit mehr als 30 Jahren diesen Dienst und glaube er hat mir körperlich mehr geschadet als meine, übrigens vor sechs Jahren beendete, Raucherphase. Solange die Gewerkschaft der Ansicht ist, sie müsse den „kollegialen Frieden“ in den Reihen der Polizei gewährleisten, indem sie die Forderung einiger weniger unterstützt, die Ausübung langjähriger Schichtdienststätigkeit sei hingegen kein Grund, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen, solange wirkt eine solche Aktion, die auf die Gesunderhaltung der Kollegen abzielt, als reine Provokation auf mich. Die GdP wäre gut beraten die Antiraucherkampagnen den Krankenkassen zu überlassen und sich den Belangen der Kollegen, insbesondere im Wach- und Wechseldienst, zu widmen.

Jochen Kösters, per E-Mail

Dank für Anteilnahme und Spenden

In der Nacht vom 19. zum 20. Juli 2004 kamen die Thüringer Polizeibeamten Andreas Rinck und Stefan Beyer durch einen tragischen Verkehrsunfall in Ausübung ihres Dienstes ums Leben. Aus dem gesamten Bundesgebiet gingen Beileidsbekundungen und Spenden an die Hinterbliebenen ein. Beamte aus Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nieder-

sachsen und Sachsen nahmen persönlich an der Trauerfeier teil.

Die Spenden wurden inzwischen an die Familien übergeben. Im Auftrag und im Namen der Hinterbliebenen möchte ich mich bei all denen bedanken, die ihre Anteilnahme zum Ausdruck gebracht haben.

*Jürgen Schlutter,
Landesvorsitzender*



Ich finde es gut, dass sich auch die DP diesem Thema annimmt. Ich habe insgesamt 34 Jahre geraucht. zeitweilig auch mal Pfeife, lang, zuletzt bis zu drei Schachteln am Tag. Am 16.02.2003 habe ich es dann geschafft, von einem auf den anderen Moment aufzuhören. Bis heute habe ich keine Zigarette wieder angefasst. Ich kann nur jeden ermutigen, mit dem Rauchen aufzuhören.

Dieter Rosenthal, Hannover



Herzlichen Glückwunsch zu dieser Aktion. Ich hoffe, viele rauchende Kolleginnen und Kollegen nehmen sich die drohenden Gesundheitsschäden zu Herzen. Auch ich war Raucher mit einem Tagespensum von 40 Zigaretten und das acht Jahre lang. Nachdem mir das morgendliche „Abhusten“ und allgemeine Wohlbefinden nicht mehr gefiel, habe ich von heute auf morgen mit dem Rauchen aufgehört. Die Lunge erholte sich offensichtlich sehr schnell: habe in den letzten 20 Jahren vierzig Marathonläufe erfolgreich hinter mich gebracht.

Manfred Damm, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Demographisch denken!

Ein Begriff wird missbraucht.

Das Versagen der politischen Parteien begann mit der Aussage „die Rente ist sicher“. Die Folgeabschätzung reduzierte sich auf die Finanzierung der Zukunft und nicht auf ihre Gestaltung. Den öffentlichen Ideenwettbewerb zur Finanzierung hat eine Vielzahl von Kommissionen ausgetragen. Die Verkümmerserscheinungen des Parlaments drückten sich auch darin aus, dass es nur kurzlebige Vorschläge unterbreitete – damit wurde der politischen Lebensspanne von 46 Monaten (Dauer einer Wahlperiode) Rechnung getragen. Zu kurz für die Aufklärung des Wahlvolkes, Meinungsbildung und Entscheidung. Wertvolle Zeit wurde verspielt mit Machtspielen. Es folgte eine Ent-

Demographie ist als Begriff wie selbstverständlich in unseren Sprachgebrauch eingeflossen. Die aktuelle Bevölkerungsbewegung gehört zu den wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen der nächsten zehn Jahre. Dies ist keineswegs eine neue Einsicht. Die öffentliche und politische Debatte beschränkt sich jedoch bisher auf die sozialpolitischen Konsequenzen. Besonders auf das Finanzierungsproblem der staatlichen Altersversorgung. So prägte eine falsche Vorstellung vom Begriff „Demographie“ diese Debatte. Die landläufige Übersetzung der Überalterung der Gesellschaft machte daraus den „politischen Marketingbegriff zur Durchsetzung von Kürzungen von Sozialleistungen“.

mündigung des Wahlvolkes und eine Verfälschung des Begriffes „Demographie“.

Der Missbrauch des Begriffes „Demographie“ durch die Par-

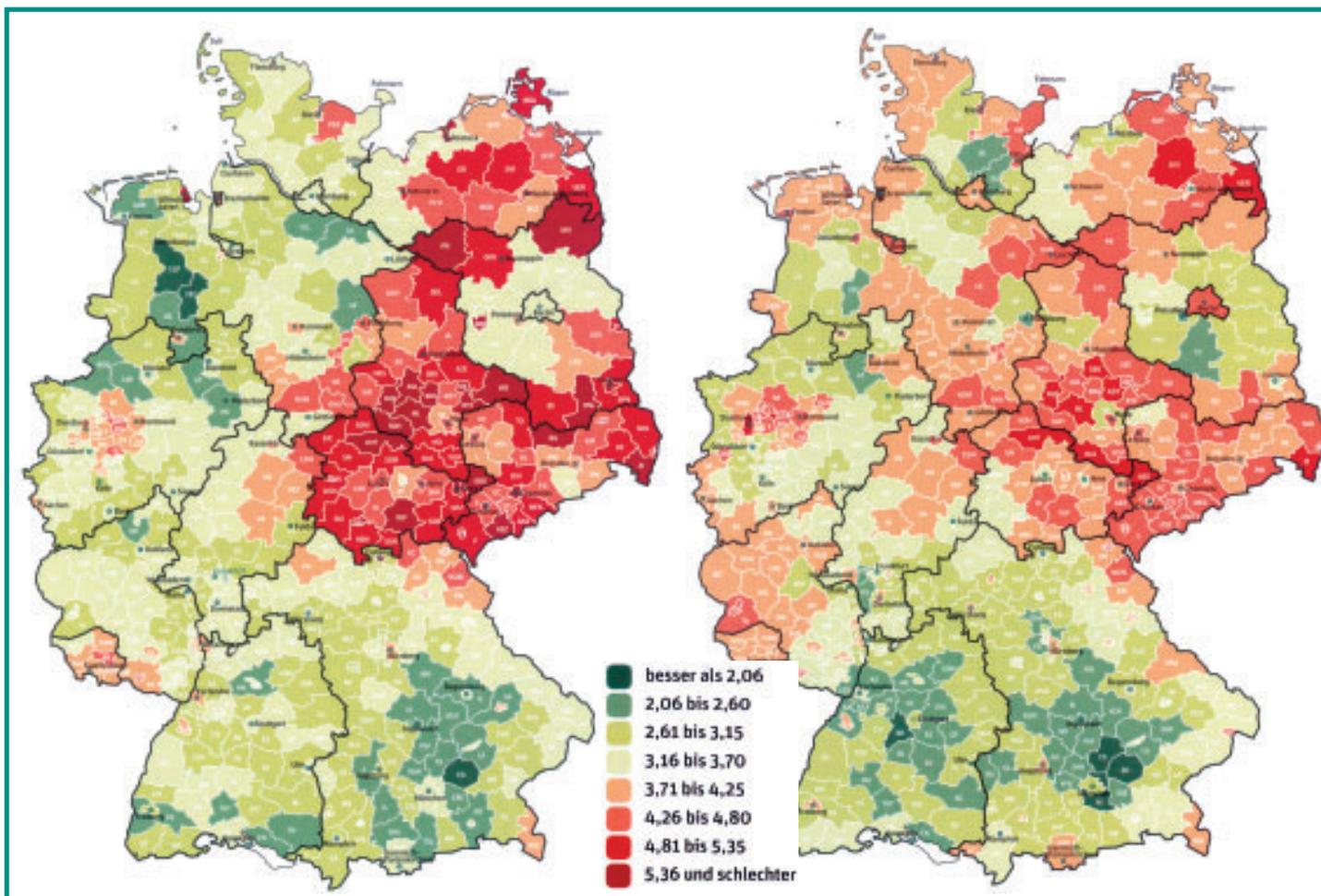
teien führte u. a. zu einer Verunsicherung der heranwachsenden Generationen und die Generation der Ruheständler wird mit der Pauschalierung: „zu alt, zu

viele und zu reich!“ diskriminiert.

Es ist allerdings ein Denkfehler, „Demographie“ lediglich auf Alterung zu reduzieren. Die maßgebende Vorstellung von der Bevölkerungsbewegung sorgte parteiübergreifend für falsche Etiketten auf so manchen Flaschen, unabhängig von ihrem Inhalt.

Am Anfang die Zahl

„Demographischer Wandel“ ist ein großer, aber sehr abstrakter Begriff. Die 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes kommt zur Erkenntnis, dass im Jahr 2050 die Hälfte der Bevölkerung älter



als 48 Jahre und ein Drittel 60 Jahre oder älter sein wird. Unter Berücksichtigung von Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeitsentwicklung und Zuwanderung wird die Alterung der deutschen Gesellschaft aber nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten:

2010 geht der erste Nachkriegsjahrgang in den Vorruhestand oder wird pensioniert. Der geburtenstärkste Jahrgang – und somit Höhepunkt – wird durch den Geburtenjahrgang 1964 im Jahre 2029 erreicht. Aber was heute als Zahl in den Statistiken steht, dahinter steht jeder Einzelne von uns.

Grafiken, Modellrechnungen oder Simulationsmodelle haben zunächst etwas Abschreckendes. Sie bilden eine zukünftige Gesellschaft rein rechnerisch ab. Doch die ihnen zugrunde liegenden Zahlen und Fakten sind nicht das

Wie sehr die demographische Entwicklung (Karte links) von der wirtschaftlichen (rechte Karte) geprägt wird zeigen diese beiden Karten. Die Gesamtnoten reichen dabei von 2,64 für Eichstätt vor den Toren Ingolstadt bis 4,95 für Bremerhaven und das thüringische Altenburger Land. Die Noten sind dabei weniger als „Urteil“, sondern vielmehr als Orientierungshilfe für zukünftige Planungen zu verstehen.

Fatal wird es dabei für die Regionen, in denen eine Standort-Verschlechterung zu weiterer Abwanderung führt und sich die Lage an allen Fronten verschärft. Diesen Gebieten droht durch immer weitere Abwanderung und Überalterung irgendwann der Verlust von überlebenswichtiger Infrastruktur.

Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung

Ergebnis eines Blickes in eine Glaskugel, sondern haben reale Grundlagen. Sie schärfen unseren Blick dafür, wie wir denken, planen und handeln können. Wenn wir unser Bewusstsein jetzt nicht für diese zukünftige Lage schärfen, geht es uns wie den Erwachsenen in den 70-igern: Die fielen aus allen Wolken, als ihnen bewusst wurde, dass unsere Industrie die Umwelt vergiftet und Bodenschätze zur Neige gehen können. Wir müssen Vorstellungen entwickeln und Pläne parat haben für das, was sein wird und nicht abwarten bis das Absehbare tatsächlich eintritt.

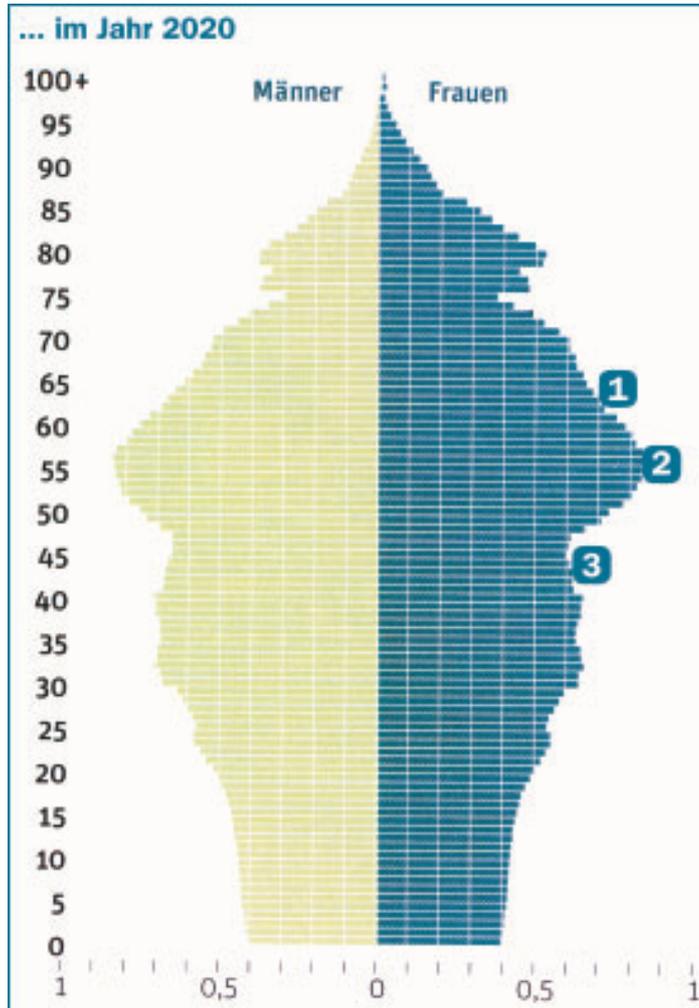
„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Willy Brandt

Die prägende Erfahrung der um 1960 Geborenen ist, dass sie immer zu viele waren. Wo sie hinkamen, in die Schule, an die Uni oder auf den Arbeitsmarkt – es herrschte Überfüllung. In der Bevölkerungspyramide folgt ihnen sodann der so genannte „Pillenknick“. In ihm drückt sich der gesellschaftliche Wandel um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus.

Claus Leggewie (Professor für Politikwissenschaft) kommt 1995 in seinem Buch „Die 89er“ zu der Feststellung: „Die heute 20- bis 30-Jährigen werden in der Tat die erste Gruppe seit 1945 sein, die auf niedrigerem ökonomischem Niveau landen wird als ihre Eltern und Großeltern, ein Umstand, der einer Kulturrevolution nahe kommt.“

Die Jahrgänge der um 1975 Geborenen werden um 2020 so



- 1 Nachkriegs-Babyboom während des Wirtschaftswunders**
- 2 Ein Blick über das Jahr 2020 hinaus zeigt, dass die wirklichen Probleme der Alterssicherung dann entstehen, wenn die stärksten Jahrgänge der Pyramide im Jahr 2030 in Rente gehen.**
- 3 So genannter Pillenknick. Der Rückgang der Kinderzahlen liegt allerdings weniger an den Verhütungsmitteln selbst als an einer veränderten Rolle der Frauen in der Gesellschaft – und zum Teil auch an wirtschaftlichen Problemen in Deutschland, die durch die Ölkrise ausgelöst wurden.**

Nach: Deutschland 2020

alt sein wie die Masse der um 1960 geborenen und sie werden um 2035 das (heutige) Pensionsalter erreichen. So gesehen ist der bevorstehende demographische Wandel ohne historischen Präzedenzfall!

Der Wandel

Was Forschungs- und Enquete-Kommissionsberichten bisher nicht gelang, nämlich die Demographie zum Thema zu machen, ist mit dem Buch „Das Methusalem-Komplott“ gelungen. Frank Schirmacher schreibt in seinem Bestseller: „Unsere Mission ist es, alt zu werden. Wir haben keine andere. Es ist die Aufgabe unseres Lebens. Sie müssen lernen, 50 und 60 Jahre alt zu werden. Ihre

künftigen Geburtstage werden durch die veränderte Zusammensetzung unserer Gesellschaft ein ganz neues Gewicht bekommen. Und Sie müssen lernen, was es heißt, 70, 80 oder auch 90 Jahre alt zu werden, ohne dabei zu verstimmen.“

Ging es in der Vergangenheit noch vorwiegend um Rohstoffe und Bodenschätze, geht es jetzt vornehmlich um uns selbst. Altwerden als Massenphänomen wird vor allem die Industriegesellschaften grundlegend verändern.

Der Blick nach vorn

Bei Langzeitprognosen ist grundsätzlich Skepsis angebracht.



Unser Autor: Jörg Radek, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP.

Bei der Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung und Zuwanderung wird jedoch kaum mehr gestritten. Die Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnung und tatsächlicher Entwicklung hat trotz aller Unwägbarkeiten zugenommen.

Demographische Prognosen haben, obwohl sie oft lange Zeiträume abdecken, weit geringere Spannweiten als ökonomische Prognosen. Dies liegt daran, dass die Alten des Jahres 2020 bereits gut bekannt sind. Es sind die heute über 40-Jährigen.

Die Folgen

Die Veränderungen in der Bevölkerung haben soziale, ökonomische aber auch psychologische Folgen. Sie betreffen nahezu alle Bereiche unseres Lebens:

Schulen und Hochschulen, Regional- und Stadtplanung, Industrie, Handel und Immobilienwirtschaft, die öffentlichen und privaten Investitionen... Die Nachfrage nach Gütern des alltäglichen Bedarfs und Konsumgütern dieser Generation wird die Absatzmärkte berühren. Finanzmärkte werden beeinflusst von der Eigenbeteiligung der Altersvorsorge. Die Bevölkerungsbewegung wird die Immobilienmärkte ebenso beeindrucken wie die Verkehrsinfrastruktur. Bereits heute schon melden einige Gemeinden

leere Kindergärten und Grundschulen. Wer an dieser Stelle „Planungsfehler“ reklamiert, sollte bereits über die Folgen dieser Leerstände für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft nachdenken. Soweit die wirtschaftlichen Folgen.

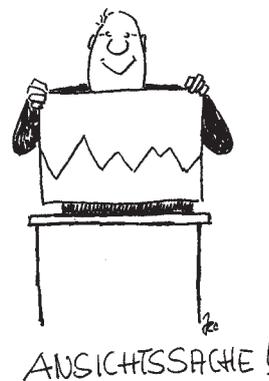
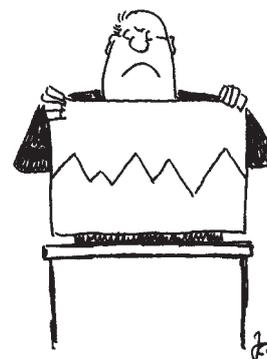
Es ist der Verdienst der Forschungsarbeit des Berliner Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, dass seit April 2004 eine Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von 440 Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland vorliegen. Das Bemerken dieser Studie besteht darin, dass sie die regionale Ausmaß der demographischen Veränderung verdeutlicht und den Begriff „Demographie“ in seine ursprüngliche Bedeutung als wirtschafts- und sozialpolitischer Bevölkerungsbewegung übersetzt. Die Studie (Deutschland 2020, Die demographische Zukunft der Nation) legt die zehn wichtigsten Ergebnisse vor und zeichnet damit eine Deutschlandkarte des Bevölkerungswandels (s. Seite 9).

Gleichwertige Lebensverhältnisse?

Die bekannten Fakten des Geburtenrückganges, der schrumpfenden und alternden Gesellschaft wurden in besagter Studie einer Folgeabschätzung unterzogen.

Selbst die Kritiker einer Reformpolitik, die sich u. a. aus der Entwicklung der deutschen Gesamtbevölkerung ableitet, stimmen Erkenntnissen der Studie zu. So gesteht Albrecht Müller (Jahrgang 1938) in seiner Abrechnung mit den „Reformlügen“ zu, dass z. B. „die Wanderungsbewegung der jungen und arbeitsfähigen Generation von Ost nach Westdeutschland“ ein echtes demographisches Problem darstellt.

Wie viele Menschen in eine Region ziehen bzw. sie verlassen, ist ein Zeichen für ihre Zufriedenheit mit den dortigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen ziehen Menschen an, struktur-



nissen hat damit allerdings erst begonnen.

Wenn man bei der wissenschaftlichen Betrachtung den Aspekt zugrunde legt: „Die Ökonomie in Deutschland bestimmt

„ Ein Problem isoliert zu betrachten hat keinen Sinn. Man muss immer die Zusammenhänge einbeziehen, um zu zukunftsorientierten Lösungen zu gelangen.“

Frederic Vester
(Mitglied im Club of Rome)

weitgehend die Demographie“, wird es schwieriger, soziale Gegensätze auszugleichen und Chancengleichheit herzustellen. Es besteht vielmehr die Gefahr dass der Begriff Demographie als Instrument für den Umbau des Sozialstaates missbraucht wird, indem vorwiegend einseitig von Überalterung gesprochen wird.

Und die Polizei ?

Das Ranking von Städten, Gemeinden und Bundesländern ist das Herzstück der Studie um die Zukunftsfähigkeit von Deutschland. Es wäre sicherlich falsch, es als eine nette wissenschaftliche Spielerei abzutun. Hinter den prognostizierten Wanderungsbewegungen stehen Menschen.

Von den wirtschaftlichen Folgen ist jeder Einzelne – auch in der Polizei – betroffen. Erinnert sei an die Alters- und Gesundheitsvorsorge und das Bildungswesen.

Ein spezielles polizeiliches Lagebild für das Jahr 2020 konnte die Studie natürlich nicht erstellen. Doch liefert sie Grundbezüge für die polizeiliche Arbeit. Betrachten wir einige Aspekte:

Die Deutschen verlassen die

10 Thesen der Studie „Deutschland 2020 – Die demographische Zukunft der Nation“

1. Deutschland hat zu wenig Kinder

Deutschlands Frauen bekommen so wenig Kinder wie fast nirgendwo in der Welt. Die durchschnittliche Zahl von 1,37 reicht bei weitem nicht aus, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten.

2. Junge Frauen haben Deutschlands Osten verlassen

In der Altersklasse der 18- bis 29-Jährigen fehlen vielerorts Frauen. Der Mangel trifft vor allem die neuen Bundesländer.

3. Deutschland zieht um

Die Deutschen verlassen die entlegenen ländlichen Gebiete. Es zieht sie stattdessen in die Ballungsräume, dort aber weniger in die Innenstädte, sondern vermehrt in das Umland.

4. Deutschland schrumpft und altert

Während Schrumpfgebiete mit großen Wirtschaftsproblemen wie Ostthüringen, Südwestsachsen und das Saarland massiv altern und im Jahr 2020 mehr als ein Drittel über 60-Jährige zu verzeichnen haben, finden sich in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen noch relativ junge Regionen.

5. Deutschland verliert Bevölkerung

In den zwölf Jahren nach der Wende hat Deutschland eine enorme Wanderungsbewegung erlebt. Alle neuen Bundesländer haben Bevölkerung verloren, nur die Umland-Kreise größerer Städte wie Berlin, Wismar, Rostock oder Halle konnten Bewohner hinzugewinnen.

6. Deutschland bleibt geteilt

Heute leben im Osten nur noch 15 Millionen. Profitiert hat davon der Westen, dessen Bevölkerung nach dem Anwerbestopp für ausländische Arbeiter in den 1970er und 1980er Jahren einigermaßen konstant geblieben war.

7. Deutschland hat ein Bildungsproblem

Die Pisa-Studie hat den Deutschen gezeigt, dass ihr Schulsystem im internationalen Maßstab bestenfalls Mittelmaß darstellt. Fatal ist die hohe Zahl der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss.

8. Der Strukturwandel verändert Deutschland

Generell geht die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1992 zurück. Vor allem, weil

die Industrie rationalisiert und arbeitsintensive Prozesse ins Ausland verlagert.

9. Deutschland hat ein Integrationsproblem

Gemessen an der absoluten Zahl jährlicher Immigranten ist Deutschland nach den Vereinigten Staaten das wichtigste Einwanderungsland der Welt.

10. Deutschland renaturiert

In Regionen, in denen alte Industrien zusammenbrechen, wo Menschen abwandern und sich die Landwirtschaft zurückzieht oder extensiviert wird, erobert die Natur verloren gegangenes Terrain zurück.

ländlichen Gebiete und ziehen in die Ballungsräume; dort jedoch weniger in die Zentren, sondern in das Umland.

Die Bevölkerungsbewegung beeinflusst Stadtentwicklung und Verkehrswegeplanung. Das der Zerfall von Städten durch Wohnungsleerstand beschleunigt wird, ist ebenfalls von polizeilicher Bedeutung. Heute schon ist in den großen Städten eine Ghettobildung zu beobachten. Über den polizeilichen Auftrag hinaus hat es für die Beschäftigten innerhalb der Polizei Folgen – z. B. für die Kriminalitätsprävention und -verfolgung.

Eine rückgängige Bevölkerungsentwicklung hat auch noch in diesem Jahrzehnt ihre Folgen auf die Personalgewinnung bei der Polizei. Die Erkenntnis, dass beispielsweise der Altersdurchschnitt in einer Einsatzhundertschaft zu hoch ist, muss vor dem Hintergrund der Personalgewinnung bei sinkenden Einstellungszahlen und Geburtenraten betrachtet werden.

Die Attraktivität des Polizeiberufes muss wieder belebt werden, um der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt – das sind Handel und Industrie – gewachsen zu sein. Fragen der Personalentwicklung, -gewinnung und -steuerung innerhalb der Polizei und für die Polizei können daher nicht bis 2020 auf ihre Antworten warten.

Länger und gesünder leben

Der beste Indikator für den Erfolg der Gewerkschaften sind die Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen, im Gesundheitswesen und der Wohnsituation. Sie sind wesentliche Voraussetzungen für die gestiegene und immer noch steigende Lebenserwartung. Mit anderen Worten: Im Alter von 40, 50 oder 60 Jahren fühlen wir uns heute viel jünger, weil wir länger gesund und biologisch jung bleiben trotz der Zunahme von Lebensalter. Wir können heute erwarten, den

größten Teil des Lebens bei bester Gesundheit zu erleben.

Ein Grund zum Optimismus.

Die Arbeitswelt hat sich auf diesen Umstand allerdings noch nicht eingestellt. Der „Jugendwahn“ ist trotz dieser Erkenntnisse immer noch die stärkste Treibfeder für Personalentwicklungskonzepte. Das Erfahrungswissen einer Organisation setzt sich jedoch aus der Summe der Lebens- und Berufserfahrung der Mitarbeiter zusammen. Diese Kenntnisse von Abläufen und Prozessen lässt sich nun mal nicht digitalisieren oder auf CD brennen. Daher brauchen wir einen Dialog der Generationen. Denn eine Wissensgesellschaft, die auf das Erfahrungswissen der Alten

„Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat.“
Albert Einstein

verzichtet, handelt töricht, weil sie damit auf gewaltiges Potenzial verzichtet

Ganzheitlich und demographisch denken!

Neben der Betroffenheit für die Gesellschaft und die wirtschaftlichen Folgen gibt es eine persönliche Betroffenheit.

Die Aufgabe lautet nun, die Folgen abzuschätzen.

Wir besitzen zwar nicht die Fähigkeit, in die Zukunft zu sehen. Wohl aber besitzen wir die Fähigkeit die Realität anzunehmen, um sie in unserem Sinne zu gestalten. Dabei dürfen wir nicht nur eine Fortschreibung vornehmen und eine Generation vorausdenken. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass Zukunft auf

Hilfsbeamte ausgedient

Mit Inkrafttreten des 1. Justizmodernisierungsgesetzes zum 1.9.2004 gehören die „Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft“ endgültig der Vergangenheit an. Der Begriff wird nun aus dem Sprachgebrauch aller bundesdeutschen Gesetze verschwinden. In § 152 Abs. 1 GVG, aber auch in allen anderen Gesetzen, die die darin festgelegten Bezeichnungen in Bezug nehmen, wird zukünftig von „Ermittlungspersonen“ gesprochen. Damit ist ein fast schon „immerwährender“ Auftrag der GdP, letztmalig formuliert auf dem Bundeskongress 1994 in Dresden, endlich erfüllt.

Neben dieser, für die GdP sehr erfreulichen Neuerung, werden auch noch weitere, zum Teil tief greifende, Veränderungen in den Verfahrensvorschriften durch das Gesetz vorgenommen. Im Bereich des Strafverfahrens werden u. a. die Unterbrechungsmöglichkeiten der Hauptverhandlung, die Verlesung von Schriftstücken, die Vereidigungsbestimmungen und das beschleunigte Verfahren geändert bzw. erweitert. Entstanden ist das Gesetz durch die Zusammenführung zweier Gesetzentwürfe, dem Justizmodernisierungsgesetz und dem 1. Justizbeschleunigungsgesetz. **now.**

Ankündigung

Das Institut für Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg bietet vom 7. bis 11. März 2005 eine Kontaktstudienwoche zum Thema: „Gewalt in der Schule – Ausprägung, Erklärung, Prävention“ an.

Bewerbungsschluss ist der 7. Januar 2005

Weitere Informationen: Ursula Kisse, Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040-428-38-6504; Sekretariat: 040-428-38-3329 E-Mail:

ursula.kisse@uni-hamburg.de

der Basis des in der Gegenwart Geplanten und Durchgeführten entsteht. Zukunft kann also „gemacht“ werden – sie kann gestaltet werden, statt auf Entwicklungen lediglich zu reagieren. Die Weichen dafür stellen wir jetzt.

Denn Lebenserwartung ist nicht nur eine Zahl: Sie ist auch die Erwartung, die wir an eine Gesellschaft haben.

Jörg Radek

Hans-Böckler-Stiftung gründet neues Forschungsinstitut

Der Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) neu gegründet. Es soll sich als ein unabhängiges, empirisch arbeitendes Forschungsinstitut mit gesamtwirtschaftlicher Ausrichtung in der deutschen und europäischen Forschungslandschaft vor allem zwei Aufgaben widmen: Zum einen sollen Forschungserkenntnisse zu makroökonomischen Fragen gewonnen werden. Neben wirtschaftspolitischen Themen im Bereich der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik liegt ein starker Akzent auf der Erforschung konjunktureller Phänomene und Methoden der Konjunkturprognose. Die zweite Aufgabe besteht in der Verbreitung der ökonomischen Erkenntnisse und der wirtschaftspolitischen Beratung. Adressaten sind sowohl die allgemeine Öffentlichkeit als auch Regierung, Parteien und Gewerkschaften. Hierzu gehören auch regelmäßige Konjunkturprognosen, die der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

„Tarifvertrag Öffentlicher Dienst“ steht unter Gesamteinigungsvorbehalt

Ergebnis der Tarifverhandlungen im vergangenen Jahr war u. a. die Festlegung zwischen den Tarifvertragsparteien, bis zum 31. Januar 2005 den BAT, die entsprechenden Arbeitertarifverträge und die dazugehörige Vergütungsordnung in einen neuen „Tarifvertrag Öffentlicher Dienst“ zu überführen.

Das Thema ist nicht neu. In den letzten 10 Jahren wurden immer wieder Versuche unternommen, den BAT und die Vergütungsordnung neu zu fassen. Der Wille beider Seiten – Arbeitgeber, Arbeitnehmer – war vorhanden. Die Notwendigkeit für die Veränderungen war eindeutig: Einige Regelungen des BAT waren nicht mehr zeitgemäß, dies gilt insbesondere für viele Eingruppierungsnormen. Klagen von Kolleginnen und Kollegen wurden vor den Arbeitsgerichten verloren, weil die Tarifverträge keine höheren Eingruppierungen zuließen. Aber auch die Arbeitgeber hatten ihre Vorstellungen zum veränderten BAT: mehr Flexibilisierung bei der Arbeitszeit, Leistungszulagen, Absenkungen der Einkommen, Streichung bzw. Reduzierung von Weihnachts- und Urlaubsgeld ...

Eine nicht unwesentliche Rolle spielte auch der öffentliche Druck auf die Verhandlungspartner – insbesondere Zuschläge für Verheiratete, Kinder, Zahlung nach Lebensaltersstufen standen in der Kritik, weil solche Regelungen in der so genannten freien Wirtschaft unüblich seien.

Ziel der Tarifreform ist nicht eine Senkung der Personalkosten, sondern eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes.

Zur Problematik der Tarifreform ein Interview mit Kerstin Philipp, zuständig u. a. für Tarifrecht im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP.

Warum hat die ganze Sache so lange gedauert?

Jeder hatte zwar seine Vorstellungen, die z. T. wenig konform gingen. Was insofern kein besonderes Problem darstellt, da solche Kontroversen grundsätzlich zu Tarifverhandlungen gehören. Bei der Reform des BAT gab es aber darüber hinaus bestehende Ängste: Der BAT mit seiner Vergütungsordnung ist so komplex und kompliziert, dass es einfach einige Jahre dauern musste, bis die Bereitschaft gewachsen war, beides komplett über den Haufen zu werfen und etwas sinnvoll Neues zu wagen.

Welche Schritte zu einem neuen BAT gab es in dieser Zeit?

Angefangen hat alles zu Beginn der 90er Jahre mit der Reform der Arbeiter-Tarifverträge. Das war verhältnismäßig einfach zu bewerkstelligen im Gegensatz zum Angestelltenbereich. Sich dann sofort den Angestellten zu widmen, geriet durch die Wiedervereinigung erst einmal ins Hintertreffen. Ab Mitte der 90er Jahre kam hinzu, dass die Horrorkataloge der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen immer mehr ausufernten und die Meinung vorherrschte, eine Reform des BAT und der Vergütungsordnung könne unterm Strich nur zu Verschlechterungen führen. Vor allem gegen letzteres haben sich die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder vehement gewehrt.

Erst mit Verlauf der Tarifrunde 2003 konnten die Gewerkschaften den Arbeitgebern ihre Position deutlich machen, dass eine Reform des BAT nicht auf Verschlechterungen für die Beschäftigten hinauslaufen dürfe. Es geht um die Attraktivität des

Öffentlichen Dienstes. Dafür muss es eine Vereinheitlichung der Tarifverträge zwischen den Arbeitern und Angestellten geben, ein neues Eingruppierungsrecht, das dem Ausbildungsstand der Beschäftigten und dem Stand der Technik entspricht und damit entsprechende Eingruppierungen zulässt. Bei der Eingruppierung muss die ausgeübte Tätigkeit maßgeblich sein und nicht mehr die Beschäftigungsdauer und die Zahl der Kinder. Dabei liegt den Gewerkschaften insbesondere am Herzen, dass das Eingruppierungsrecht diskriminierungsfrei ist.

Was ist bis heute am Eingruppierungsrecht diskriminierend?

Natürlich diskriminiert der BAT nicht unmittelbar. Es gibt nicht weniger Lohn oder Gehalt für weibliche Beschäftigte oder sonstige offensichtliche Diskriminierungsregelungen. Es ist aber schon so, dass im BAT bzw. in der Vergütungsordnung Kraftaufwand, Umgang mit Schmutz oder Technik besser bezahlt werden als der Umgang mit Menschen. Und diese letztgenannten Tätigkeiten werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Zudem liegt hier oftmals eine überdurchschnittliche psychische Belastung vor. Das haben uns in den letzten Jahren viele Gutachten, Untersuchungen und Pilotprojekte bewiesen.

Dieser Fakt ist so offensichtlich, dass selbst die EU-Rechtsprechung darauf bereits hingewiesen hat.

Was hat sich seit 2003 nun konkret getan?

Wir stehen kurz vor der Entscheidung, ob wir im nächsten

Jahr ein neues Tarifrecht haben werden. Dies haben die Tarifkommissionen der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB im Dezember zu bewerten und zu beschließen. Zurzeit sind noch einige Knackpunkte offen, die wir bis Ende des Jahres regeln müssen – z. B. das Volumen der wöchentlichen Arbeitszeit, die neue Entgelttabelle mit einer leistungsorientierten Vergütung sowie die Entgeltfortzahlung und Unkündbarkeitsregelungen.



Kerstin Philipp Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP u. a. zuständig für Tarifpolitik, Tarifrecht und Große Tarifkommission.

Auf welche Positionen haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter inzwischen geeinigt?

Wenn ich auf diese Frage eingehen möchte, möchte ich etwas vorausschicken: Wir haben uns mit den Arbeitgebern darauf verständigt – anders als bei sonst üblichen Tarifverhandlungen – dass wir die Neugestaltung des Tarifrechts unter einen so genannten Gesamteinigungsvorbehalt stellen. Das heißt: Auch alle Punkte, auf die wir uns zurzeit schon verständigt haben, unterliegen am Ende

des Prozesses einer Gesamtbetrachtung. Erst wenn die Tarifkommissionen dem Gesamtwerk zustimmen, werden sozusagen die Absprachen zu den Detailregelungen wirksam.

Wenn die Tarifkommissionen dem gesamten Tarifwerk nicht zustimmen können, sind auch die bereits getroffenen Einigungspunkte wieder hinfällig. Das be-

manteltarifrechtlichen Fragen, haben wir u. a. bereits Einigkeit in folgenden Punkten erreicht:

Versetzung, Personalgestaltung, Qualifizierung, Arbeitszeitfragen, Führung auf Probe und Führung auf Zeit.

Zu Fragen der Eingruppierung mussten wir feststellen, dass unser hehres Ziel, auch damit bis Ende Januar 2005 fertig zu werden, nicht zu bewältigen war. Wir haben uns mit den Arbeitgebern verabredet, ein neues solides Eingruppierungsrecht zu schaffen. Für diese komplizierte Materie ist allerdings ein längerer Zeitraum einzuplanen, bis zum 31.12.2006 soll das Werk endgültig stehen. Bis dahin wird es eine Überleitungstabelle geben.

Einigung besteht auch in Fragen des Entgelts. Danach soll es in der neuen Entgelt-Tabelle 15 Entgeltgruppen geben. Vereinbarung wurde als Voraussetzung für die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 5 eine dreijährige Ausbildung (eine 2-jährige Ausbildung wird ihr gleichgestellt). Entsprechendes gilt für die Entgeltgruppe 9, die den FHS-Abschluss voraussetzt. Ab E 13 wird der Hochschulabschluss verlangt.

Welche Vorteile bringt die neue Entgelt-Tabelle?

Bei dem neuen System gibt es zwei entscheidende Vorteile: Zum einen werden die gerade in der Polizei häufig vertretenen „sonstigen Angestellten“ besser gestellt, da sie nicht mehr den hohen Anforderungen des bisherigen Eingruppierungssystems unterliegen werden. Zum anderen wird das neue System viel durchlässiger sein. D. h. der bisher vorgesehene Weg originärer Eingruppierung mit anschließendem Bewährungsaufstieg wird ersetzt durch Heraushebungsmerkmale, die für den Beschäftigten abgrenzbarer und besser erfüllbar sind als die bisherigen Tätigkeitsmerkmale. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass jemand mit einer dreijährigen Ausbildung aufgrund der zusätzlichen Tätigkeitsmerkmale bis in die E 9 gelangen kann. Neu ist

Arbeitszeitkonten

- können durch Dienst- oder Betriebsvereinbarung eingerichtet werden
- müssen bei

- Arbeitszeitkorridor

(bis zu 45 Stunden, ohne dass Überstundenzuschläge fällig werden)

- oder Rahmenzeit

(bis zu 12 Stunden zwischen 6.00 und 20.00 Uhr ohne dass Überstundenzuschläge fällig werden)

eingeführt werden

Auf ein Arbeitszeitkonto können gebucht werden:

- Zeitguthaben oder -schuld nach Ablauf des Ausgleichszeitraums
- Überstunden
- in Zeit umgewandelte Zeitzuschläge
- sonstige Kontingente, sofern über Dienst- oder Betriebsvereinbarung geregelt
- ArbeitnehmerIn entscheidet, welche Zeiten auf Konto gebucht werden

Arbeitsunfähigkeit beim Zeitausgleich hat keine negativen Auswirkungen auf das Arbeitszeitkonto!

deutet dann aber auch, dass es kein neues Tarifrecht geben wird. Die Gewerkschaften werden zwar nicht um jeden Preis ein neues Tarifrecht akzeptieren, aber alle Seiten hätten eine große Chance vertan, den kritisierten Öffentlichen Dienst wieder attraktiv zu machen.

Im Allgemeinen Teil, also den

hier die Einführung einer Entgeltgruppe 1. Sie findet in den heute gültigen Tabellen keine Entsprechung und steht im Wesentlichen für Neueinstellungen zur Verfügung und soll dazu dienen, von Outsourcing bedrohte Bereiche im Öffentlichen Dienst zu halten bzw. sie sogar wieder herein zu holen.

Das Anfangs-Grundentgelt der Entgeltgruppe 1, Stufe 2 soll nach derzeitigem Stand 1.286 Euro und 1.440 Euro in der Stufe 6 betragen.

Außerdem fallen diese Beschäftigten natürlich weiterhin unter die Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst, für sie gelten also weiterhin die Arbeitszeitregelungen, sie haben Anspruch auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Zusatzversorgung. Damit werden sie deutlich über dem Niveau vergleichbarer Referenztarifverträge liegen. Zudem kann die neue Entgeltgruppe nicht zur Absenkung des Tarifvertrages der bereits im Öffentlichen Dienst Beschäftigten missbraucht werden.

Warum diese Stufen?

Mit den Stufen hat es folgende Bewandnis: In der neuen Tabelle soll das Senioritätsprinzip, also das Prinzip nach Lebensalterstufen, abgelöst werden durch Entwicklungsstufen. D. h. Neueinstellungen finden in der Stufe 1 (Grundentgelt) statt, falls keine einschlägige Berufserfahrung vorliegt. Ein Aufrücken von Stufe 1 nach Stufe 2 erfolgt spätestens nach einem Jahr. Die folgenden Entwicklungsstufen 3 bis 6 müssen noch mit den Arbeitgebern geklärt werden. Fest steht hier bislang nur, dass es ein Aufrücken nicht mehr nach dem Senioritätsprinzip geben wird. Davon werden vor allem die jungen Beschäftigten profitieren.

Wie sieht es mit den bisher gängigen Zuschlägen aus?

Da wird es Veränderung geben: Neben dem Grundentgelt wird der bisher bekannte Ortszuschlag in Form des Verheiratenzuschlags und die allgemeine Zulage in die neue Tabelle eingebaut.

Für Zulagen und Zuschläge wie Wechselschichtdienst oder Erschwernisse lassen sich Beträge natürlich erst festlegen, wenn wir uns auf eine vollständige Tabelle mit allen Beträgen in den Entgeltgruppen und Stufen geeinigt haben (die Tabelle lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor – Die Red.).

Welche Punkte im Tarifwerk sind noch offen?

Bei der Tabelle steht noch aus, die Entgelthöhe festzulegen und in den Entgeltgruppen die Heraushebungsmerkmale festzulegen. Während die Gewerkschaften sich Heraushebungsmerkmale vorstellen, die an die soziale Kompetenz, Verantwortung, psychische und/oder physische Belastung sowie Komplexität der

Ergebnisse Eingruppierung

- diskriminierungsfreies Eingruppierungsrecht
- bundeseinheitliche Regelung, die auch ohne weitere Ausgestaltung eingruppiert ist
- Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege entfallen
- 15 Entgeltgruppen

• Qualifikationsebenen werden übereinstimmend festgehalten

- unterhalb der Eckeingruppierung bestehen weitere Entgeltgruppen (E 1 - 4)
- Fachhochschulabschluss (ab E 9)
- Abschluss an einer wissenschaftlichen Hochschule (ab E 13)

Aufgaben gekoppelt sind, verharren die Arbeitgeber noch an den ungriffigen alten Tätigkeitsmerkmalen „schwierig“, „höhere Schwierigkeit“, „hohe oder höhere“ Verantwortung.

Außerdem noch ungeklärt sind die Fragen anderer Entgeltbestandteile wie leistungs- und ertragsorientiertes Entgelt,

Jahressonderzahlungen sowie die angesprochenen Zuschläge und Zulagen. Insbesondere müssen wir noch klären, was mit den familienbezogenen Vergütungsbestandteilen passiert. Wenn wir den Verheiratenzuschlag einbauen wollen, müssen wir gleichzeitig klären, wie wir mit dem Kinderzuschlag umgehen. Die den Arbeitgebern besonders am Herzen liegende Frage, nämlich die Möglichkeit der Abweichung in der Tabelle nach unten, muss noch geklärt werden. Wir werden uns dem nicht völlig verschließen, wollen dies aber an sehr enge Kriterien geknüpft sehen: Vereinbarungen können nur über landesbezirkliche Tarifverträge geregelt werden, der Arbeitgeber muss auf Neu-, Um- und Ausgründungen verzichten, die Beträge dürfen nicht unterhalb eines noch festzusetzenden Entgeltes abrutschen.

Außerdem sind noch die Punkte Entgeltfortzahlung, Unkündbarkeit und Besitzstandswahrung offen.

Ebenfalls noch zu regeln ist die leistungsbezogene Vergütung. Ein für uns sehr kritischer Punkt, aber wir haben uns im Sinne einer Gesamteinigung zu folgender Position durchgerungen: Es darf Leistungsprämien nur „on top“ geben, d. h., es dürfen vorab keine Absenkungen der in der neuen Tabelle vereinbarten Vergütungen vorgenommen werden. Wichtig ist uns hierbei, dass es keinerlei Umwidmung von Entgeltbestandteilen geben darf.

Und wer wird künftig die Leistungsbewertung nach welchen Kriterien vornehmen?

Betonen möchte ich, dass es tatsächlich um Leistungsbewertung gehen muss und nicht um eine Beurteilung. Für die Bewertung rücken wir nicht von unserer alten Position ab, wonach sie nur von betrieblichen Kommissionen erfolgen kann. Die Kriterien müssen eindeutig in Zielvereinbarungen bzw. Dienstvereinbarungen festgelegt werden. „Radfahrer- und Nasenprämien“ wird es mit den Gewerkschaften nicht geben.

Das Weihnachts- und Urlaubsgeld ist im Beamtenbereich ja schon Geschichte. Wird es die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst auch treffen?

Die Frage des Weihnachts- und Urlaubsgeldes ist neben dem Volumen der wöchentlichen Arbeitszeit einer der Haupt-

Eingruppierungsübergangsregelungen

- Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, dass im Rahmen einer In-Kraft-Setzung des TVÖD bis zum Vorliegen einer neu verhandelten Entgeltordnung die bisherige Eingruppierungs- bzw. Einreihungssystematik beibehalten werden soll.

- Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, die Verhandlungen zur neuen Entgeltordnung bis zum 31.12.2006 abzuschließen.

- Der Umgang mit Bewährungs- und Zeitaufstiegen im geltenden System ist im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur neuen Entgelttabelle und den Übergangsregelungen vor In-Kraft-Treten des TVÖD zu regeln.

knackpunkte, nachdem die Arbeitgeber die Tarifverträge gekündigt haben. Diese Fragen haben wir deshalb ausdrücklich an das Ende des Prozesses gelegt. Mittlerweile verhandeln wir im Prozess nur noch mit dem Arbeitgeber Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA).

Ich bin zuversichtlich, dass wir hier zu einer einvernehmlichen Regelung kommen werden, die aber garantiert nicht so aussehen wird wie im Beamtenbereich: Uns schwebt für Weihnachts- und Urlaubsgeld eine Jahres-

sonderzahlung in Höhe eines Monatsentgelts vor.

Auch bei der Arbeitszeit wird der Tarifbereich dem Beamtenbereich nicht folgen. Wir wollen keine Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit, besprochen sind aber bereits so genannte Arbeitszeitkorridore, die vereinbart werden können. Damit ist ausreichend Flexibilität geschaffen.

Die TdL ist nach den Kündigung der Tarifverträge zum Weihnachts- und Urlaubsgeld in 2003 sowie zu den Arbeitszeitbestimmungen im März 2004 für die alten Bundesländer nicht

mehr im Verhandlungsboot. Welche Auswirkungen hat das für die Beschäftigten der Polizeien?

Wenn wir zu einem neuen Tarifwerk kommen, gilt dies nur für die Beschäftigten des Bundes, also für die Beschäftigten beim BKA und BGS sowie im VKA-Bereich. Für die TdL bedeutet das, dass ihre Beschäftigten nach wie vor der Nachwirkung der Tarifverträge unterliegen. Die TdL ist aber herzlich eingeladen, sich dem neuen Tarifwerk anzuschließen. Sonderverhandlungen wird es mit uns nicht geben.

*Das Gespräch führte
Marion Tetzner*

Ausblick

Verknüpft werden muss die Diskussion zur politischen Wertung der Neugestaltung des Tarifrechts mit einem Ausblick auf die Tarifrunde 2005. In diesem Rahmen muss u. a. geklärt werden, ob dem Neugestaltungsprozess zugestimmt werden kann, ob die zum 31. Januar 2005 kündbaren Lohn- und Vergütungstarifverträge gekündigt werden und gegebenenfalls welche Forderungen sich daraus ergeben. Die Großen Tarifkommissionen der ÖD-Gewerkschaften müssen prüfen, ob es nicht angezeigt ist, aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage im Rahmen der Diskussion um die Forderungen für die Tarifrunde, die Tarifreform als zentrales Ziel in den Mittelpunkt der Einkommensrunde 2005 zu stellen – neben der Verhinderung von Arbeitszeitverlängerung und der Sicherung der Einkommen der Beschäftigten.

Termine

23. November 2004 – Sit-

zung der Großen Tarifkommission der GdP in Berlin (nach Redaktionsschluss): Stand Neugestaltung des Tarifrechts und Einkommensrunde 2005.

13./14. Dezember 2004 – 3. Tarifpolitische Konferenz der GdP in Potsdam: u. a. Neugestaltung des Tarifrechts/Ausblick Tarifrunde 2005.

14. Dezember 2004 – Beschlussfassung der Großen Tarifkommission der GdP in Potsdam über die Neugestaltung des Tarifrechts/Einkommensrunde 2005.

16. Dezember 2004 – Beschlussfassung der ÖD-Gewerkschaften im DGB über die Neugestaltung des Tarifrechts/Einkommensrunde 2005 in Kassel.

Januar 2005 – Voraussichtlich Fortsetzung der Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite bzw. Abschluss der Neugestaltung des Tarifrechts.

Blick über den Zaun

65.000 Stunden oder fast siebeneinhalb Jahre verbringt ein Beschäftigter durchschnittlich im Laufe eines 38-jährigen ununterbrochenen Arbeitslebens an seinem Arbeitsplatz. Kein Wunder, dass Ausstattung und Qualität des Arbeitsplatzes und seiner Umgebung ebenso wie das Betriebsklima den Beschäftigten oft mindestens ebenso wichtig sind wie die Bezahlung. Arbeitszufriedenheit nennen das die Fachleute. Auch interne Untersuchungen der Gewerkschaft der Polizei ergeben, dass bei den Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsschutz und die Arbeitsumgebung einen hohen Rang einnehmen – Themen also, um die sich die GdP intensiv kümmert.



Frank Richter ist als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP u. a. zuständig für das Sachgebiet Arbeitsschutz.

Für die Arbeitszufriedenheit spielen viele Faktoren eine Rolle. Für kluge Unternehmen ist die Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein hochrangiges betriebspolitisches Ziel – nicht ausschließlich aus altruistischen Motiven, sondern weil zufriedene Beschäftigte eine emotionale Bindung an ihr Unternehmen entwickeln und seine Produktivität erhöhen. Damit ist es in Deutschland schlecht bestellt. The Gallup Organization (eines der weltgrößten Marktforschungsunternehmen) ermittelte, dass der aus fehlendem Engagement am Arbeitsplatz erwachsende gesamtwirtschaftliche Schaden – u. a. durch eine schwache Mitarbeiterbindung, hohe Fehlzeiten und niedrige Produktivität – mit rund 250 Milliarden Euro pro Jahr zu beziffern ist. Neun von zehn Beschäftigten, so ermittelte Gallup, verspüren hierzulande keine echte Verpflichtung ihrer Arbeit gegenüber. Im internationalen Vergleich ist Deutschland damit Entwicklungsland.

DEUTSCHE POLIZEI stellt in loser Folge Arbeitsplatzmodelle bei der Polizei unserer europäischen Nachbarn vor. Diesmal aus den Niederlanden.

Frank Richter

Die bürolose Polizei oder das Ende des Gummibaums

Kollege Müller zum Seminar, Klaus hat Urlaub, Frau Moll ist krank. Der Gang über den Flur zeigt: Diese Woche sind die Büros auf der rechten Seite ausgestorben. In der letzten Woche waren es die auf der linken. Vollständig besetzt sind sie eigentlich nur kurz vor der Weihnachtsfeier. „Krankenhausarchitektur“ nennt Jean Jaminon, Projektmanager der Polizei in Maastricht die auch in Deutschland meist verbreitete Arbeitsumgebung in Behörden und Verwaltungsgebäuden. Sie gehört in den Polizeidienststellen der Region Limburg-Zuid der Vergangenheit an. Der gemütliche Niederländer französischer Herkunft hat in den Polizeigebäuden die Büros abgeschafft. Seitdem stehen große und kleine Unternehmen aus dem In- und Ausland bei ihm auf der Matte um zu erkunden, wie so etwas geht.

Nicht Krankenhäuser, sondern die im 16. Jahrhundert in Florenz geplanten Uffizien waren Vorbild des auch in Deutschland am weitesten verbreiteten Bürokonzeptes. Typisch für Zellenbüros sind auch fast 500 Jahre später Mittelflure, an die sich geschlossene Büroräume mit einem oder mehreren Arbeitsplätzen reihen.

Zwar gelten in den meisten Industrienationen Zellenbüros seit langem als überholt, weil sie Burgdenken und Bürokratie fördern, lange Wege haben, Kommunikation und Zusammenarbeit behindern, unflexibel, flächenunwirtschaftlich und zudem langweilig sind. Dennoch sind Zellenbüros in Deutschland die beliebteste Büroform, weil sie dem Einzelnen Individualität und Rückzugsmöglichkeiten bieten.

Schlümpfe auf den Müll

Der Gummibaum in der Ecke, die Wand mit Urlaubsgrüßen der Kolleginnen und Kollegen, die Schlümpfe-Sammlung, das ge-

rahmte Foto der/des Liebsten (in reiferen Beziehungen des Dackels), der fotokopierte und mit Tesa-Film an die Wand geklebte originelle Bürospruch „Ich bin auf der Arbeit, nicht auf der Flucht“ – in fast allen Büros sind die Zeugen der Bemühungen um Individualität und Rückzugsmöglichkeiten anzutreffen.

Stuhllehne zeigt Ranghöhe

Davon mussten sich die niederländischen Kolleginnen und Kollegen trennen – zum Teil unter großen Schmerzen. „Bringen Sie mal jemanden bei, dass er künftig kein eigenes Büro mehr hat, wenn er 20 Jahre um die nächst höhere Etage, den Teppichboden und die Besprechungsecke gekämpft hat“, schmunzelt Jaminon. Tatsächlich weiß der Besucher einer Behörde oder einer Firma heute genau, welchen Rang sein Gegenüber bekleidet, wenn er dessen Büro betritt. Die Nahrungskette verläuft vertikal: Ganz unten ist es klein und schäbig, von Stockwerk

zu Stockwerk werden die Büros größer, die Fensterzahl nimmt zu, ist der Fußbodenbelag zwar nicht weniger scheußlich, aber besser gepflegt.

Die Leitung fing an

In den Polizeigebäuden in Kerkrade und Maastricht geht diese Orientierung schnell verloren. Da sitzen Kolleginnen und Kollegen des Streifendienstes in hellen, freundlich ausgestatteten großen Räumen an modernen Rechnern, in der Mitte Besprechungstische, Ruheinseln und entlang der Wände verglaste Konferenzräume mit Projektionstechnik.

Hat eine Dienstreise etwas zu besprechen, kann sie sich hier ebenso zurückziehen wie eine Projektgruppe aus dem Stab.

Die Etage von Districtchef Jules Knippenbergh sieht nicht anders aus. „Top down“, so Jaminon, „hieß unser Motto. Die Behördenleitung fing damit an. Sonst hätte es nie geklappt.“ Ton Meijs ist Streifenbeamter und im Personalrat tätig: „Unsere Personalvertretung hat konstruktiv mitgemacht und das Ergebnis hat für alle Beschäftigten etwas gebracht.“ Davon zeugen auch das ungewohnt gute Betriebsklima und die aufgeräumte Stimmung. Die Gleichwertigkeit der Arbeitsumgebung und ihre Ausstattung emanzipieren jeden Be-

schäftigten. Keiner wird durch das Furnier seiner Schreibtischplatte täglich an seinen Platz in der Hackordnung erinnert.

Häufigere Kontakte

Ton Meijs: „Wenn ein Streifenbeamter ins Haus kommt, kann er sich an jeden Rechner setzen, der gerade frei ist. Er gibt sein Passwort ein und landet auf seinem virtuellen „Schreibtisch“ – egal, ob er hier in Kerkrade seine Arbeit machen will oder gerade in der Nähe einer anderen Dienststelle ist. Mit dem Telefon verhält es sich genauso. Alle haben Handys oder können jeden Apparat mit ihrer PIN-Nummer benutzen, der verfügbar ist.“ So sind häufigere Kontakte quer durch die Aufgabebereiche alltäglich.

Die Polizei in Limburg-Zuid, die finanziell nahezu autonom ist, hatte besseres zu tun, als bei Renovierungen oder Neubauten ihr Geld in Büroflächen zu vergraben. Projektmanager Jaminon macht eine verblüffende Rechnung auf. „Wir haben jede Sekunde gemessen, die jemand mit seinem Hintern auf seinem Schreibtischstuhl sitzt. Raten Sie mal, wie viel Prozent bei hundert Leuten dabei herausgekommen sind?“ Insgesamt 12 Prozent bei Mitarbeitern, die auch Außentermine haben, wurde gemessen. Jaminon: „Also braucht



Jules Knippenbergh, Districtschef Kerkrade der Polizei Limburg-Zuid erläutert Frank Richter, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP, das „bürolose“ Bürokonzept. Fotos: Holecek

man für 100 Leute auch nur 12 Arbeitsplätze.“ Selbst bei Verwaltungs- und Sachbearbeitern, die die meiste Zeit am Schreibtisch verbringen, kamen immerhin 75 Prozent heraus, nachdem Urlaub, Krankheit, Fortbildung etc. abgezogen wurden. Jaminon: „Wir haben bei Neubauten 40 Prozent der Kosten sparen können, auch an Unterhaltungskosten. Das eingesparte Geld haben wir lieber woanders investiert.“ In Kantinen zum Beispiel, die eher Restaurants gleichen. Oder in Fahrzeuge und modernste Nachrichten- und Bürotechnik für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Desksharing

Auch deutsche Beratungsfirmen begleiten Unternehmen auf den Weg zum bürolosen Büro. „Flexibilisierung und Dezentralisierung von Arbeitsprozessen bei gleichzeitig hohem Kommunikations- und Informationsfluss“, heißt zum Beispiel das Credo des „Quickborner Teams“. Die projektbezogene Arbeit steht dabei immer mehr im Vordergrund. Standardisierte Arbeitsplätze machen solch flexible Arbeitsformen überhaupt erst möglich. Der Mitarbeiter

ARBEITSBEDINGUNGEN

zieht mit dem notwendigsten Equipment um und ist sofort voll einsatzfähig. Die Mitarbeiter sind unabhängig von bestimmten Orten und können immer genau

dort arbeiten, wo sie am produktivsten sind. Das Büro wird zum Treffpunkt. Hier bekommt der Mitarbeiter seine Arbeitsaufträge. Transparente Raumein-

heiten unterstützen die Kommunikation mit Kollegen. Separate Besprechungsräume bieten Platz für Teambesprechungen. Hierhin können sich die Mitarbeiter auch zur Klausur zurückziehen. Ist seine Anwesenheit im Unternehmen nicht nötig, kann der Mitarbeiter sich ebenso von zu Hause, vom Kunden oder von anderen zentralen Punkten (Hotel, Flughafen oder Bahnhof) aus mit einem mobilen Rechner im Firmennetz anmelden.

nehmen mit persönlichem Schreibtisch und persönlichen Vorrechten.“

Diese Änderung der Arbeitsumgebung setzt eine Änderung der Denkstrukturen voraus und hat zwangsläufig eine Änderung der Betriebskultur und der Hierarchien zur Folge. Frank Richter, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP und zuständig unter anderem für das Sachgebiet Arbeitsschutz: „Bei uns ist der Gedanke wohl noch Zukunftsmusik, dass ein Streifenbeamter und der Behördenleiter auch mal gemeinsam an einem Tisch vor ihren Rechnern sitzen.“ Und sich vielleicht anschließend gemeinsam mit einem kostenlosen und frisch gebrühten Kaffee auf einer Ruheinsel niederlassen.

Rüdiger Holecek



Die Beamten des Streifendienstes erledigen an „Arbeitsinseln“, ausgestattet mit modernen Rechnern, ihre schriftlichen Arbeiten. Mit ihrem Passwort können sie sich in jeden freien Rechner einloggen.

Denkstrukturen ändern

Vorreiter des „Desksharing“ waren die Skandinavier. Jaminon: „Wir haben uns dort umgesehen und waren überzeugt. Nun galt es, unsere Behördenleitung und unsere Mitarbeiter davon zu begeistern, Abschied vom Einzelbüro zu

EUROCOP

Herausforderung für die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa

EuroCOP Fachkonferenz zur EU Osterweiterung stellt praktische Bedürfnisse in den Mittelpunkt

Am 30. September hat EuroCOP mit einer Konferenz zum Thema Polizeizusammenarbeit in einer Erweiterten EU in Brüssel eine Veranstaltungsreihe eröffnet, die sich mit den Herausforderungen der polizeilichen Zusammenarbeit nach der am 1. Mai erfolgten EU-Osterweiterung beschäftigen wird.

Die Erweiterung der EU ist zwar politisch abgeschlossen, aber die Zusammenarbeit im Bereich Innere Sicherheit, wird lediglich zeitversetzt, nämlich bis 2007 voll auf die neuen Mitgliedsstaaten ausgedehnt. Parallel dazu macht sich die EU zurzeit intensiv darüber Gedanken, wie sich die Zusammenarbeit auch zwischen den bisherigen Mitgliedsstaaten weiter entwickeln soll.

Für die EU-Kommission brach-

te Isabelle Delattre es auf den Punkt: In den vergangenen Jahren haben sich die Mitgliedsstaaten zu sehr auf nicht bindende Maßnahmen, wie gemeinsame Handbücher und Empfehlungen verlassen. In der Vergangenheit hat sich deutlich gezeigt, dass solche Maßnahmen in der Praxis oft unwirksam sind, da sie in den Mitgliedsstaaten nicht umgesetzt werden.

Ein Punkt den auch die eingeladenen Praktiker unterstützten, wobei sich die Vorträge allerdings eher den Erfahrungen aus der Praxis, also mit den tatsächlich auch umgesetzten Maßnahmen beschäftigten.

Nigel Eeles, Großbritannien, konnte in seinem Erfahrungsbericht von einem Britisch-Belgischen gemeinsamen Ermittlungsteam eindrucksvoll darstel-

len, auf welche Hindernisse die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch immer stößt: Eine große Schwierigkeit war die Sprache: Da wurde zwischen England und Belgien aus am Strand vergrabenen Kokain (Cocain in the sand), Cola in Dosen (Coke in cans). Zum Glück klärte sich das Missverständnis auf und die Arbeit konnte erfolgreich mit der Beschlagnahme einer größeren Menge Kokain am belgischen Strand abgeschlossen werden.

Kenneth Hansen vom Informationsdienst der Dänischen Polizei ging in seinem Beitrag auf die Schwierigkeiten bei der Informationssammlung ein und stellte fest, dass der formelle Dienstweg in Europa oft so kompliziert oder zeitaufwendig ist, dass die Kollegen nach wie vor häufig Informationen auf dem „kurzen Dienstweg“ sammeln. Alles nicht im Sinne einer effizienten Auswertung

von Informationen, wie er feststellte.

Stellvertretend für die neuen Mitgliedsstaaten präsentierte Arvids Marhels aus Lettland erste Erfahrungen mit der Herausforderung der Zusammenarbeit der Polizei in Europa. Hier ist man sich des Nachholbedarfs bei der Ausbildung aber auch bei der Besoldung und sozialen Lage der Polizeibeschäftigten durchaus bewusst. So nahm Herr Marhels wichtige Eindrücke über die Funktion und Arbeitsweise von Gewerkschaften in der Polizei mit nach Hause, wo es bisher keine Gewerkschaft in der Polizei gibt.

Bei der Unterstützung der neuen Mitgliedsstaaten setzte auch Max Peter Ratzel vom BKA an, der in seinem Vortrag auf die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen des BKA in Osteuropa hinwies. Er betonte vor allem die gestiegene Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit. Die Koordinierung dieser regionalen Mechanismen, wie etwa der Zusammenarbeit rund um die Ostsee mit den von allen gemeinsam ge-

Fortsetzung auf Seite 33

**Leserbrief-
zitate**



„Auf der einen Seite wird gepredigt, man solle mehr Sport machen auf der andere Seite unternimmt der Dienstherr bzw. die Polizeiführung nichts gegen den wirklich katastrophalen Zustand, dass Raucher jeden Kubikzentimeter Luft mit ihrem blauen Dunst schwängern. Dass man mehrmals am Tag duschen und sich umziehen möchte, ist da noch ein zu vernachlässigender Begleiteffekt...“

„Würde ich die rauchenden Kollegen auf die Problematik ansprechen, wäre ich gleich der Buh-Mann und ein absoluter Außenseiter. Andere Nichtraucher finden das mit dem Rauchen zwar auch nicht so prima, halten sich aber brav zurück, weil sie keinen Ärger wollen...“

„Liebe GdP, es wäre nicht nur mir eine Herzensangelegenheit, wenn das Thema „Rauchen“ mal intensiv angesprochen würde. Denn Rauchen in der Polizei ist für mich das eigentliche Arbeitsschutzproblem.“

„Einerseits streifen sich Raucher Schutzwesten über, um bestimmte Situationen zu überleben, andererseits sind es die gleichen Leute, die sich selbst und oft nichtrauchenden Mitmenschen das Leben verkürzen“.

Wir respektieren in diesem Falle den Wunsch, nicht öffentlich genannt zu werden. Die Redaktion

Es geht nicht gegen die Raucher, sondern gegen den Rauch!

Niemand wird heute noch abstreiten, dass Rauchen gesundheitsschädigend ist und dass Passivrauchen die Nichtraucher gleich mit in das verhängnisvolle Boot zieht. Zahllose wissenschaftliche Untersuchungen, Studien und Rechtssprechungen weltweit belegen das.

Auch in Deutschland gibt es eine deutliche Rechtssprechung, die den Nichtraucher eindeutig schützt und sein Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz durch-

intoleranter Mitbürger geächtet. Wir kennen das sicher alle: Wer als Nichtraucher sein Recht auf einen nikotinfreien Arbeitsplatz fordert, macht sich nicht nur

schaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen, dass grundsätzlich von der Gesundheitsgefährdung des Passivrauchens auszugehen ist und im § 5 den Nichtraucherschutz formuliert.

Damit liegt der Nichtraucherschutz in unserem Land nun ausdrücklich in der Verantwortung des Arbeitgebers. Die Aufsicht über die Einhaltung des Nichtraucherschutzes übernehmen seither die zuständigen Arbeitsschutzbehörden.



Leidiges Thema Rauchen in den Dienstkraftfahrzeugen. In Köln z. B. hat der Polizeipräsident ein generelles Rauchverbot in allen Dienstkraftfahrzeugen angeordnet.

Foto: Wesseling

setzen hilft. Aber noch immer erdulden rund drei Mio. Beschäftigte deutschlandweit den Passivrauch am Arbeitsplatz (zum Vergleich: mit Asbest sind rund 60.000 Arbeitnehmer konfrontiert).

Freunde im Kollegenkreis und bei Vorgesetzten – wie uns während der Recherchen zum Thema mehrere Kollegen mitteilten. Und viele haben bereits angesichts einer starken Raucherfraktion resigniert.

Das aber kann gefährlich, sogar lebensgefährlich sein. So deutlich muss man das benennen.

Querulant Nichtraucher?

Der Passivraucher, der sich gegen verqualmte Büros, Dienstwagen oder Kantinen wehrt, wird nicht selten als Querulant oder

Der Gesetzgeber hat daher reagiert: Die novellierte Arbeitsstättenverordnung in Deutschland hat den eindeutigen wissen-

Der erste Schritt

Aber wie kommt man zu einer einvernehmlichen Regelung, in der weder der Raucher diskriminiert noch der Nichtraucher durch das Passivrauchen gefährdet wird? Wie bringt man den Ball ins Rollen, ohne sich als ver-

§ 5 ArbStättV - Nichtraucherschutz (vormals § 3a ArbStättV)

(1) Der Arbeitgeber hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nichtrauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind.

(2) In Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr hat der Arbeitgeber Schutzmaßnahmen nach Absatz 1 nur insoweit zu treffen, als die Natur des Betriebes und die Art der Beschäftigung es zulassen.

Verordnung über Arbeitsstätten vom 12. August 2004 (BGBl. I S. 2179)

„Rauchen tötet mehr Menschen als Verkehrsunfälle, Aids, Alkohol, illegale Drogen, Morde und Selbstmorde zusammen. Im Ergebnis ist nach heutigem medizinischen Kenntnisstand gesichert, dass Rauchen auch die Gesundheit der nicht rauchenden Menschen gefährdet.“

*Aussage des **Bundesverfassungsgerichts** bezüglich der Klage von fünf Zigarettenherstellern, die den Aufdruck „Rauchen gefährdet die Gesundheit“ als gegen das Grundrecht der Meinungsfreiheit verbieten lassen wollten, vom 22.01.1997 Az 2 BvR 1915/91.*

biesterter Mitbürger zu fühlen, der gerade dabei ist, die Kollegenschaft zu entzweien?

Vorab: Die Sache ist zu regeln. Zahlreiche Betriebsvereinbarungen zu diesem Thema haben sich seit Jahren bewährt. Das reicht von der konsequenten Trennung von Nichtrauchern und Rauchern über extra Rauchercken in Kantinen und rauchfreien Büros bis hin zu gänzlich rauchfreien Unternehmen – ohne dass sich die Belegschaft spinnefeind oder gar gespalten ist. Dazu braucht es allerdings den Willen und das Verständnis der beiden „Fraktionen“. Diskriminierungen der Raucher bringen ebenso wenig wie die Titulierung der Nichtraucher als Weicheier oder Querulanten. Persönliche Angriffe sind nicht nur hier völlig fehl am Platze. Dadurch verhärten sich die Fronten und eine sachlich akzeptable Lösung wird erschwert.

Ehe man als Nichtraucher in erste Verhandlungen mit Rauchern tritt, sollte man sich unbedingt vergegenwärtigen, dass Rauchen nicht nur eine ungut riechende Angelegenheit ist, sondern eine Sucht. Und die obliegt ganz eigenen Gesetzmäßigkeiten. Im Klartext: Der Raucher kann nicht einfach aufhören zu rauchen, wenn ihn der Nichtraucher darum bittet. Vielleicht will er es ja sogar, schafft es aber nicht. Und schon gar nicht über den ganzen Tag hinweg.

Bei den Recherchen zu unserer Nichtraucheraktion habe ich mit einer ganzen Reihe von Rauchern gesprochen, die eigentlich niemanden mit ihrem Rauch belästigen wollen. Also gehen sie – wann immer möglich – zum Rauchen ans Fenster, auf den Flur, auf den Hof, lüften häufig... Das ist freundlich gemeint und als Entgegenkommen durchaus an-

zuerkennen, aber auf Dauer für beide Seiten keine Lösung, weil es gar nicht durchzuhalten ist. Außerdem: Nichtraucher benutzen das Treppenhaus ebenso und Gifte des Zigarettenrauches halten sich auch in gelüfteten Räumen hartnäckig.

Bei ersten Gesprächen sollte man auch verdeutlichen, dass der Nichtraucherschutz kein privates Anliegen ist, sondern es geht dabei um die notwendige Umsetzung gesetzlicher Vorschriften, die den gesamten Betrieb bzw. die gesamte Dienststelle betreffen. Und es geht keinesfalls gegen die Raucher, sondern nur gegen den Rauch. Gesucht werden also Regelungen, die Nichtraucher wirksam vor Tabakrauch schützen, Raucher aber nicht diskriminieren. Das schafft schon mal eine Basis, gemeinsam nachzudenken.

Hilfen

Unterstützung gewährt in der Regel der Betriebs-/bzw. Personalrat, denn er ist verpflichtet, über die Einhaltung der Vorschriften zum Arbeitsschutz zu wachen.

Erfahrungen zeigen, dass auch von Rauchern entsprechende Festlegungen akzeptiert werden, wenn:

- eindeutige Regelungen getroffen wurden,
- dabei die Belange der Raucher berücksichtigt werden,
- gut sichtbare Schilder an das Rauchverbot erinnern,
- der Wille zur Durchsetzung deutlich gemacht wird,
- das Thema Nichtraucherchutz insgesamt ernsthaft kommuniziert wird,
- Hilfen zur Nikotinentwöhnung angeboten werden (vielleicht kann für den einen

oder anderen Raucher das Rauchverbot am Arbeitsplatz sogar eine Chance für einen erfolgreichen Ausstieg aus der Sucht sein).

Es ist nun Sache der Sozialpartner, vernünftige Regelungen zu finden. Berücksichtigt werden sollte dabei, dass auch Rauchen in Einzelzimmern problematisch werden kann, denn niemand darf gezwungen werden, sich beispielsweise zur Informationsbeschaffung in verqualmten Räumen aufhalten zu müssen. Rauchern sollten Plätze angeboten werden, wo ihr Rauchen generell niemand zwanghaft erdulden muss. Auch Flure, Treppenhäuser, Fahrstühle und Teeküchen sollten daher zu rauchfreien Zonen gewandelt werden. Raucherräume sollten nach außen entlüftet werden, so dass der Rauch weder auf den Flur noch in benachbarte oder darüber liegende Räume dringen kann.

Betriebsklima leidet nicht

Das alles mag drastisch klingen, den Rauchern mag himmel-

angst werden, aber letztlich haben auch Raucher, die um die Gefahren des so genannten Nebenstromrauches wissen, großes Verständnis für Nichtraucher. So haben Untersuchungen in den

In der Technischen Regel für Gefahrstoffe TRGS 905 ist Passivrauchen wie folgt beschrieben:

„Tabakrauch enthält eine Vielzahl krebserzeugender Stoffe, die zum Teil auch als krebserzeugende Arbeitsstoffe bekannt sind. Deren krebserzeugende Wirksamkeit lässt sich, ebenso wie die von Tabakrauch, in geeigneten Tierversuchen eindeutig nachweisen. Im Nebenstromrauch, der beim Passivrauchen anteilmäßig stärker als beim Aktivrauchen beteiligt ist, sind krebserzeugende Prinzipien z. T. stärker vertre-

ten als im Hauptstromrauch. Mit einer gewissen Krebsgefährdung durch Passivrauchen ist daher auch an bestimmten Arbeitsplätzen zu rechnen. Über das Ausmaß der Gefährdung ist derzeit keine verlässliche Aussage möglich. Eine additive, eventuell auch potenzierende Wirkung der beim Passivrauchen aufgenommenen Stoffe mit bekannten krebserzeugenden Arbeitsstoffen ist in Betracht zu ziehen.“

GDP-AKTION: NICHTRAUCHER WERDEN!

Vereinigten Staaten, Australien und in Europa gezeigt, dass mehr als 80 Prozent der Raucher die Einschränkungen des Tabakkonsums am Arbeitsplatz, wenn sie einmal aufgrund von Verordnungen erfolgt sind, akzeptieren. Eine neuere Studie an den Mitarbeitern eines süddeutschen Großbetriebes bestätigt diese Erfahrungen. In diesem Betrieb fühlten sich 84 Prozent der Raucher durch die Rauchverbote am Arbeitsplatz nicht herabgesetzt.

Und in keinen Studien-ergebnissen, Umfragen und Verlautbarungen von Unternehmen in Deutschland findet sich ein Hinweis darauf, dass die Einführung von Rauchverboten am Arbeitsplatz letztlich zu einer Verschlechterung des Betriebsklimas geführt habe.

Kann man sich trotz allem Ver-



Quelle: Deutsche Krebshilfe

ständnis für einander intern auf keine Regelungen einigen, die dem Nichtraucher einen rauchfreien Arbeitsplatz garantiert, bieten die jeweils zuständigen Berufsgenossenschaften oder die Arbeitsschutzaufsicht der Länder (Ämter für Arbeitsschutz; in manchen Bundesländern Gewerbeaufsichtsämter) Beratung an.

Interessant und hilfreich wäre sicherlich zu erfahren, was es bislang in der Polizei an Dienstvereinbarungen zum Thema gibt, wie sie entstanden sind und wie sie sich bewährt haben. Die DP würde sich hier gern als Forum zum Thema anbieten. **tetz**

Einige Kontaktadressen zum Thema „Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz“:

- Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg
- BKK Bundesverband
- Projektbüro „Rauchfrei am Arbeitsplatz“
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- Bayerisches Landesamt für Umweltschutz



Ohne Tabak dick?

Tabakentwöhnung und Gewichtszunahme sind nicht zwangsverheiratet

Die meisten Kolleginnen und Kollegen aus unserer Nichtrauchergruppe sind hoch zufrieden, dass sie sich auf den Weg zur Tabakentwöhnung gemacht haben, aber u. a. ist Eines lästig und macht Angst: Sie haben ständig Hunger und Lust, etwas zu essen – v. a. Lust auf Süßes. Früher, da hat das Hungergefühl nach dem Rauchen nachgelassen. Heute normalisieren sich die Körperfunktionen, aber das geht in der Regel mit Gewichtszunahme einher. Das ist für viele ein Problem.

Im folgenden Beitrag erläutert unser psychologischer Fachberater Peter Lindinger Zusammenhänge und gibt Tipps, die Sache in den Griff zu bekommen.

Zunächst muss ein weit verbreitetes Missverständnis aufgeklärt werden: Rauchen macht definitiv nicht schlank. Wissenschaftler der Universität Memphis (US-Bundesstaat Tennessee) fanden bei der Untersuchung von beinahe 4.000 Probanden binnen sieben Jahren keine

Anzeichen für einen Zusammenhang zwischen Rauchen und Abnehmen. Doch die Ansicht hält sich hartnäckig und die Tabakwerbung bedient sich schon seit 75 Jahren dieser Angst.

Und dennoch:

Die meisten Menschen nehmen zu, wenn sie aufhören zu

rauchen; aus Sicht verschiedener Wissenschaftler im Schnitt etwa drei Kilogramm. Das klingt bitter, aber eine Gewichtszunahme in dieser Höhe stellt im Vergleich zu drohenden Gesundheitsschäden durch Weiterrauchen einen zu vernachlässigen Risikofaktor dar.

Allerdings bedeutet eine Gewichtszunahme für viele Raucher eine fast inakzeptable Verschlechterung des eigenen Erscheinungsbildes.

Drei Hauptmechanismen kommen als Erklärung dieser Gewichtszunahme in Frage:

1. Es wäre denkbar, dass die körperliche Aktivität nach dem Rauchstopp nachlässt.

2. Es muss eine Umstellung des Stoffwechsels in Betracht gezogen werden. Die unmittelbaren Effekte von Nikotin ergeben einen 5-10prozentigen Anstieg des Energieverbrauchs, was etwa 200 Kilokalorien pro Tag entspricht.

3. Gedanken muss man sich über eine veränderte Kalorienzufuhr machen. Immerhin haben mehrere Studien gezeigt, dass nach einem Rauchstopp durch-

schnittlich 300 Kilokalorien pro Tag mehr aufgenommen werden.

Für den zu beobachtenden Gewichtsanstieg sind also eine höhere Kalorienaufnahme und der Wegfall von Nikotin verantwortlich. Etwa 300 Kilokalorien vermehrte Aufnahme plus etwa 200 Kilokalorien verminderte Verbrennung macht 3.500 Kilokalorien mehr pro Woche; dies entspricht etwa einer Gewichtszunahme von zwei Kilogramm im ersten Monat nach dem Ausstieg – wenn man nicht gegensteuert.

Nicht ausgeliefert

Ganz wichtig ist eine realistische Haltung. Versuchen Sie, eine moderate Gewichtszunahme als einzige unangenehme Folgeerscheinung von vornherein als undramatisch einzustufen und zu akzeptieren. Der gesundheitliche Nutzen eines Rauchstopps ist geradezu gigantisch im Vergleich zu den gesundheitlichen Folgen einer leichten Gewichtszunahme. Und bedenken Sie unbedingt auch, dass Sie mehr Zeit haben

Bewußter essen:

- Konzentrieren Sie sich auf drei Mahlzeiten pro Tag, plus zwei kleine Zwischenmahlzeiten.
- Essen Sie Mengen von Gemüse – bis zu einem Pfund pro Tag – und ein gutes halbes Pfund Obst!
- Gegen Heißhungerattacken schwören viele z. B. auf eine Tasse heiße Brühe oder warmen Tee.
- Widmen Sie sich Ihrem Essen mit Aufmerksamkeit und Genuss. Sie haben mehr Zeit zum essen, weil Sie sich nicht mehr mit dem Rauchen beschäftigen müssen. Bei nur 10 Zigaretten pro Tag ist immerhin über eine Stunde in Rauch aufgegangen.

kein bedenkliches Phänomen, sondern lediglich die Normalisierung Ihrer Körperempfindungen.

Dennoch möchte man der Gewichtsfalle entkommen. Was hilft?

Um das Ausmaß der Veränderung nicht ausufern zu lassen, sollten Sie nach der ersten heißen Ausstiegsphase darauf achten, dass Sie nicht mehr Kilokalorien zu sich nehmen. Zusätzlich müssen Sie auch noch die 200 Kilokalorien, die das Nikotin bislang für Sie verbrannt hat, ab dem Zeitpunkt des Ausstiegs selbständig auf anderem Wege loswerden. Diese 200 Kalorien einsparen zu wollen ist für die meisten – zumindest direkt nach dem Ausstieg – keine empfehlenswerte Idee. Aus Studien ist nämlich bekannt, dass „Diätler“

zur Ankurbelung Ihres Stoffwechsels darstellen (Tipps Seite 25).

Konzentrieren Sie sich aber immer auf die Hauptaktion – und das ist die Rauchfreiheit.

Esslust contra Bedürfnisse?

Mit Sicherheit legt sich ein ständiges Hungergefühl, wenn Sie ihm nicht einen Gewohnheitsplatz einräumen, indem Sie ihm ständig nachgeben.

Folgende einfache Bewusstseinsübung kann Ihnen helfen, Überessen, Schlingen oder ständiges Naschen zu vermeiden:

Atmen Sie ein paar Mal tief in den Bauch, um das Körpergefühl wahrzunehmen.

Stellen Sie sich die Frage: Was brauche ich jetzt wirklich? Essen

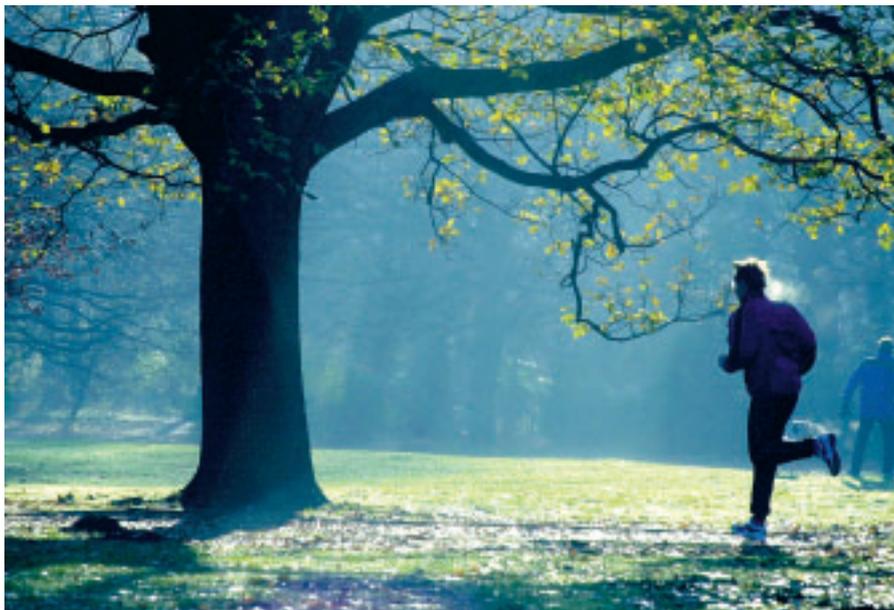
eignet sich n ä m l i c h genau wie R a u c h e n bestens zur Ersatzbefriedigung vieler anderer Basisbedürfnisse. Das eigentliche Bedürfnis ist einfach nicht gleich ersichtlich oder ist anstrengender zu befriedigen – Essen ist eben immer verfügbar und stellt selbst keine Ansprüche.

Also fragen Sie sich,

sind es vielleicht ganz andere Ansprüche, die Sie mit Essen kaschieren wollen?

Z. B.:

GESELLIGKEIT: Viele Menschen essen, wenn sie sich einsam fühlen und eigentlich gerne in geselliger Runde oder zumindest mit einem Partner zusammen wären. Essen steht hier fast als Symbol für Geselligkeit, weil Essen und Geselligkeit meist in



Ausdauersport – bestens geeignet, Kalorien zu verbrennen.

Foto: ddp

um zu essen und ans Essen zu denken! Bei einem Tageskonsum von 25 Zigaretten sind Sie etwa fünf Stunden mit Rauchen und begleitenden Aktivitäten beschäftigt – bekanntermaßen Zeiten, in denen Essen keine Rolle spielt. Sicher haben Sie früher auch hin und wieder geraucht, um den kleinen Hunger zwischen den Hauptmahlzeiten zu stillen. Was Sie jetzt empfinden, ist also

in diesen Phasen die höchste Rückfallquote haben.

Besser ist also, die Kalorien zusätzlich zu verbrennen.

Wie das gehen soll?

Etwa 30 Minuten sportliches Radfahren kann einer dieser Wege sein, Treppen steigen statt Aufzug, mit dem Fahrrad zum Bäcker, Abendspaziergänge und Tanzen gehen, statt nur Fernseh- abende können einen Einstieg



Im letzten Heft ist unsere Nichtraucherkur angelaufen. Hier erste Stimmen aus dem Kreis der Erfolgreichen:

Uli Müller (37), Sulzbach/Laufen:

Ich rauche seit sieben Tagen nicht mehr! Ohne gravierende Entzugserscheinungen. Und es ist wahr: Verlangensattacken gehen vorüber, ob man raucht oder nicht. Allerdings bin ich stressanfälliger und leichter auf der Palme. Kommt's ganz schlimm, müssen Gummibärchen herhalten. Der morgendliche Husten hat tatsächlich schon nachgelassen, auch der fade Geschmack im Mund. Und mein Geld-Glas füllt sich täglich um 5 Euro.

Sven Gratzel (37), Schwai- gern:

Ich rauche seit über einer Woche nicht mehr. Die ersten Tage waren hart, aber nicht so heftig wie erwartet. Ich bemerke bereits regelrecht dramatische Verbesserungen – vor allem mit der Atmung. Die Kinder sind happy und auch meine Frau hat das Rauchen reduziert ... Die Kollegen auf dem Revier geben alle Unterstützung, dort ist die Nichtraucherfraktion sowieso schon stark vertreten.

Alexander List (34), Altdorf:

Kämpfe mich jetzt seit Ende Oktober als Nichtraucher durch, allerdings gab es zwei kurze Rückfälle. Geht immer besser. Hatte heute Nachtdienst und muss sagen, mir fehlte nichts (bin auf Kaugummi umgestiegen). Sehr starke Verbesserungen konnte ich im Geschmack und beim Lauf- Training feststellen. Zur Belohnung und zur weiteren Motivation gab es schon zwei paar neue Laufschuhe!

Also fragen Sie sich,

sind es vielleicht ganz andere Ansprüche, die Sie mit Essen kaschieren wollen?

Torsten Fröhling (28), Berlin:

Ich höre am ersten Urlaubstag auf. Bin bereits gut vorbereitet mit Pfeffi-Bonbons und Puzzles.

Dietmar Michael (53), Fahrland: Habe gemeinsam mit einer Kollegin aufgehört. Bin seither etwas „aufgebracht“, fühle mich aber dennoch besser – vor allem was Atmung, Geruch und Geschmack betrifft.

Dirk Huthmann (47), Werder/OT Töplitz: Mir haben die Tipps aus DP 11/04 gut geholfen, meinen Raucherausstieg vorzubereiten. Die Kollegen beobachten die Sache zwar mit einer gewissen Skepsis, weil ich bereits den 3. Versuch starte, aber diesmal wird's bestimmt! Und weil ich nicht zunehmen will, fahre ich täglich insgesamt 40 km Arbeitsweg mit dem Rad.

Helmut Kipp (57), Leopoldshöhe: Im Büro wird nicht mehr „geulmt“. Fällt mir zwar sehr schwer, aber es ist für mich der erste Schritt zum Nichtraucher. Definitiv werde ich ab Ende November den „Glimmelstängel“ radikal den Kampf ansagen.

Hans-Joachim Puls (42), Melle: Seit einigen Tagen kann ich mich Nichtraucher nennen. Nach einem sehr guten Gespräch mit meinem Kollegen – früher starker Raucher, jetzt Nichtraucher – komme ich mit den Entzugserscheinungen klar. So schnell wie sie „erscheinen“, so schnell sind sie wieder weg. Sehr geholfen hat mir auch der „öffentliche Druck“ in unserer DP.

Mario Kotte (29), Dortmund: Ab 2. Novemberwoche habe ich radikal nicht mehr geraucht und mir ging es viel besser, als erwartet. Über die „Attacken“ helfen mir Kaugummi und Bonbons, damit der Mund was zu tun hat. Das Zigaretten-Geld wird momentan noch in Akupunktur-Sitzungen investiert. Eine rundum tolle Aktion!

Frank Husseck (50), Köln: An meinem Hochzeitstag (5.11.) habe ich die letzte Zigarette geraucht. Da ich anschlie-

200 Kcal können Sie verbrennen, wenn Sie:

15 Minuten Squash spielen,
17 Minuten Fußball spielen (Wettkampf),
21 Minuten moderat Seilspringen,
21 Minuten Tennis spielen (Einzel),
22 Minuten Rad fahren (20 km/h),
22 Minuten joggen (8 km/h),
24 Minuten Wettkampf-Badminton spielen,
24 Minuten Schlittschuhlaufen,
24 Minuten intensiv Aerobic absolvieren,
24 Minuten moderat rudern (stationär).

der Ursprungsfamilie gekoppelt waren.

VERSORGT WERDEN: Gerade Frauen sind in der Regel sehr um das Wohlergehen ihrer Familienmitglieder bemüht. In einer Situation, in der sie sich selbst wünscht, auch einmal versorgt zu werden und dies nicht geschieht (weil sie es nur schwer ansprechen kann, weil die anderen gar nicht auf die Idee kommen oder weil gerade niemand da ist), kann das Essen im Sinne einer Selbstversorgung als Ersatzbefriedigung dienen.

ENTSPANNUNG: Eine übliche deutsche Routine scheint es zu sein, am Abend vor dem Fernseher Würziges oder Süßes in unkontrollierten Mengen zu sich zu nehmen – das Essen dient zur Beruhigung und Entspannung (oder natürlich auch der Stimulation, weil das Programm nicht viel hergibt). Auch wer sich nervös oder ängstlich fühlt, kann sich durch Essen vorübergehend Linderung verschaffen.

GENUSS UND VERGNÜGEN: Fehlt es in einer Lebensphase an abenteuerlichen und vergnüglichen Erlebnissen, muss manchmal das Essen als greifbares Vergnügen herhalten. Gera-

de wenn Ihnen langweilig ist und Sie etwas Sinnliches erleben möchten, ist es zum Kühlschrank der einfachste Weg.

Entscheidend ist da aber auch, was drin ist. Gehen Sie also besser nicht mit Heißhunger einkaufen. Denn was man einkauft, wird in der Regel auch gegessen.

Wer also seine eigentlichen Bedürfnisse erkundet, kann sie auch tatsächlich befriedigen. Wenn diese Bedürfnisse gestillt sind, lässt auch der ewige Hunger nach.

Letzter Weg im Extremfall

Und schließlich haben die medikamentösen Entwöhnungshilfen wie Nikotinersatzpräparate und Bupropion die angenehme Nebenwirkung, dass eine Gewichtszunahme verringert oder verzögert wird. Insbesondere die oral anzuwendenden Präparate wie Nikotinkaugummi und -Lutschtablette sind hierbei nützlich, weil sie neben der Nikotinfreisetzung auch die Mundmuskulatur beschäftigen.

Vor allem für stark adipöse Raucher kann möglicherweise ein neuer Wirkstoff, der dem Fachpublikum unter dem Namen Rimanobant vorgestellt wurde, interessant werden. Er soll angeblich die Tabakentwöhnung erleichtern und die Gewichtszunahme vollkommen verhindern. Abzuwarten bleibt allerdings, wie der Gewichtsverlauf sich entwickelt, wenn das Präparat abgesetzt wird. Dieses Medikament wird jedoch voraussichtlich nicht vor 2006 zugelassen. Und auch danach gilt: Man sollte nicht auf ein Medikament alleine bauen – sowohl die Tabakentwöhnung als auch die Gewichtskontrolle sind Aufgaben, bei denen das eigene Verhalten und die eigene Psyche die ganz entscheidende Rolle spielt!

*Peter Lindinger,
Dipl.-Psychologe*

ßend in den Urlaub gefahren bin, waren die Attacken gut zu überwinden. Jetzt kommt der Alltag mit seinen Tücken zurück und nun wird sich zeigen, wie stark ich bin.

Waltraud Spriwald (51), Oberhausen: Ich habe vor einigen Tagen Zigaretten, Feuerzeuge und Aschenbecher weggeschmissen. Gegen die Attacken hilft Mineralwasser; bilde mir ein, Wasser und Zigaretten würden wie nasser Ascher schmecken. Und ich habe mehr Zeit: Sonst musste ich morgens vor dem Weg zur Arbeit schon drei Zigaretten rauchen. Jetzt fallen die drei mal sieben Minuten weg – da kann ich ungefähr 20 Minuten länger schlafen!

Fritz Kauth (46), Bergheim-Quadrath: Bin schon seit Mitte Oktober Nichtraucher. Mein näheres Umfeld reagiert äußerst positiv auf meine „Entziehungskur“.

Peter Stuhlfauth (43), Ruppertsberg: Bin noch in der Vorbereitungs-Phase: „dekoriere“ meine Wohnung mit Nichtraucher-Flyern und -Bildern. Lese das Buch von Allen Carr „Endlich Nichtraucher!“. Der 18.11.2004 wird mein erster Tag ohne Zigaretten werden!

Volker Dewes (42), Freisen: Bin seit Mitte November Nichtraucher. Vor allem im Nachtdienst habe ich noch mit dem Durchhalten zu kämpfen. Das Zigaretten-Geld kommt in ein kleines Kästchen und wird nächstes Jahr in ein neues Auto investiert.

Harry Holderbaum (44), Saarwellingen: Seit Anfang November habe ich keine Zigarette mehr geraucht. Über „Attacken“ helfen mir viele Bonbons und Getränke. Ein buntes Sparschwein „frisst“ jetzt mein Zigarettegeld und nach einiger Zeit wird das Geld in einen wohlverdienten Urlaub investiert.

„Auch die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik gibt beim Thema Gewaltkriminalität von Jugendlichen keinen Anlass zur Entwarnung“, konstatierte der **Direktor des Landeskriminalamtes von Schleswig-Holstein, Hans-Werner Rogge**, zu Beginn der Tagung. Im vergangenen Jahr seien in Deutschland über 58.000 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren wegen des Verdachts eines Körperverletzungsdelikts angezeigt worden, im Jahr zuvor noch vier Prozent weniger. Wie Rogge weiter berichtete, scheine neben der quantitativen Zunahme vor allem die Bereitschaft zur Gewalt bei der Tatbegehung stetig zuzunehmen, mit einer erheblichen Dunkelziffer bei der Schulgewalt.

Über Ursachen und Bedingungen für Taten und Täter im Jugendbereich referierte **Professor Adolf Gallwitz**. Dabei stellte er die Rolle der Familie als möglichen Ausgangspunkt einer kriminellen Entwicklung Jugendlicher und Heran-

GdP- Fachtagung

Rund 120 Vertreter von Ermittlungs-, Justiz- und Jugendbehörden diskutierten im Oktober auf einer Kriminalpolitischen Fachtagung des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein, wie den Problemen jugendlicher und heranwachsender Beschuldigter und ihren frühen „kriminellen Karrieren“ besser beizukommen ist.

möglichen Sanktionsmaßnahmen für jugendliche und heranwachsende Straftäter. Der angesehene Jurist entfachte mit seinen Thesen in den Medien eine landesweite Diskussion um geschlossene Jugendheime. Das Jugendstrafrecht als Präventionsmittel sei so gut wie wirkungslos, rief Heinrich Wille unter Hinweis auf wissenschaftliche Untersuchungen in Erinnerung. Daneben sprach sich Wille für eine Vereinheitlichung der Vollstreckungspraxis aus.

Einrichtungen bedeute einen Verzicht auf ein wirksames Instrument der Untersuchungshaftvermeidung, dessen Existenz vom Jugendgerichtsgesetz vorausgesetzt wird.

„Der Umgang mit Jugendkriminalität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung“, konstatierte der **schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß**. Besorgt zeigte sich Buß vor allem über den spürbaren Anstieg der Gewaltkriminalität und einer neuen Qualität bei rechtsextremistischen Gewalttaten. „Nur ein systematischer Freiheitsentzug ist als besondere Reaktion auf strafwürdiges Verhalten angemessen, muss aber die ultima ratio bleiben. Um eine nachhaltige Wirkung entfalten zu können, sei eine verbesserte Kommunikation und Kooperation aller an der Jugendkriminalitätspflege Beteiligten in Form einer Netzwerkstruktur erforderlich. Nur wenn Polizei, Justiz, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kinder und Jugendpsychiatrie an einem Strang zögen und gemeinsam Einzelfall-angemessene Antworten finden würden, seien längerfristig tragbare Lösungen möglich.“



Die GdP Fachtagung in Schleswig Holstein bot Vertretern aus Schutz- und Kriminalpolizei, Sozial- und Jugendarbeit, Bewährungshilfe, Jugendgerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften ein Diskussionsforum zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität. Fotos: Gründemann

wachsender in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Körperliche und emotionale Misshandlungen und Vernachlässigungen Misshandlungen sowie sexuelle Übergriffe gehörten durchaus in vielen Familien zum Alltag. Ablehnend äußerte sich Adolf Gallwitz darüber, die Strafmündigkeit hinunterzusetzen. Vielmehr räumte er einer Frühprävention einen hohen Stellenwert ein.

Für Schlagzeilen sorgte der **Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille** mit seinen Ausführungen zu

Dabei forderte der Staatsanwalt, dem Prinzip der Vermeidung von Untersuchungshaft im Jugendstrafverfahren stärker Rechnung zu tragen.

Ein Instrument der Untersuchungshaftvermeidung bei Jugendlichen sei nach Angaben Willes die Schaffung geschlossener Einrichtungen, in denen beim Vorliegen der Voraussetzungen der Untersuchungshaft ein Bleiben der Jugendlichen richterlich angeordnet werden könne. Der Verzicht auf die Schaffung solcher

Als die eigentlichen Opfer der staatlichen Rotstiftpolitik bezeichnete **GdP-Bundsvorsitzender Konrad Freiberg** Kinder und Jugendliche. Wirtschaftlicher Wandel, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Sparpläne trafen Kinder und Jugendliche im Gegensatz zu den Erwachsenen gleich mehrfach. Freiberg: „Wenn durch Arbeitslosigkeit das Familieneinkommen auf Sozialhilfeniveau fällt, ist das für die erwachsenen Betroffenen schmerzhaft. Kinder und Jugendliche sind gleichzeitig aber mit der

Schließung von Jugendeinrichtungen, heruntergekommenen Schulen, zu wenigen und überalterten Lehrern sowie der fehlenden Aussicht auf berufliche Perspektiven konfrontiert. Nicht deutschstämmige Kinder und Jugendliche seien zudem Opfer einer misslungenen Migration- und Integrationspolitik.“ Scharf wandte sich der GdP-Vorsitzende dagegen, dass schon Kinder ungehemmt als Konsumenten-Zielgruppen missbraucht würden: „Je mehr Kinder und Jugendliche zum Beispiel durch den Handy-Gebrauch in die Schuldenfalle geraten, umso fröhlicher wird das an der Börse gefeiert. Der Bedürfnisweckung und -befriedigung von Kindern und Jugendlichen haben sich ganze Branchen verschrieben.“



Für Diskussionsstoff sorgte u. a. der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille mit seinen Ausführungen zu möglichen Sanktionsmaßnahmen für jugendliche und heranwachsende Straftäter.

Die Ergebnisse solcher unternehmerischen Glanzeleistungen sind dann bei uns auf den Polizeiwachen zu besichtigen.“

Ausgesprochen positive Resonanz gab es übrigens von den Rednern und Veranstaltungsteilnehmern insbesondere auf den in DP 9/04 erschienene und in die Tagungsbroschüre als Diskussionsgrundlage aufgenommenen Artikel „Der Mensch wird nicht schlecht geboren“ von Gerd-Ekkehard Hübner und Werner Kunath.

Thomas Gründemann

Eine ausführliche Version dieses Artikels ist in der aktuellen Internetausgabe von DEUTSCHE POLIZEI zu finden.

Weihnachten in der Patchwork-Familie – Bunte Mischung

„Heiligabend treffen wir uns alle bei meiner ersten Schwiegermutter, die kann nämlich klasse kochen“, sagt Manfred Lingscheid. Der 41-jährige Angestellte eines Chemieunternehmens in Wesseling bei Köln ist dreifacher Vater. Jan (16) und Tabea (14) wohnen bei ihrer Mutter, Friederike (4) lebt mit ihm und seiner neuen Partnerin zusammen. „Weihnachten will ich am liebsten in guter Stimmung mit allen meinen Kindern feiern, und glücklicherweise sind die Verhältnisse bei uns so, dass das meist auch klappt“, freut sich Lingscheid. Susanne Alexi, seine Ex-Frau, hat nach der Trennung wieder geheiratet und zwei weitere Kinder bekommen. Tom (6), Bela (3) und ihr Vater sind natürlich mit von der Partie, wenn sich alle bei Oma unter dem Tannenbaum zusammenfinden. Daneben kommen noch Susannes Schwester und deren Freund, insgesamt ein gutes Dutzend Personen und „ein ziemliches Chaos: Omas gute weiße Tischdecke sieht schon nach kurzer Zeit furchtbar aus.“

Nachmittags besucht die gan-

Familie ist unübersichtlich geworden, heißt nicht mehr automatisch nur „Vater, Mutter, Kind“. Große Feste wie Weihnachten machen das besonders deutlich – und manchmal wird es dann auch richtig kompliziert.

ze „Familie“ einen Kindergottesdienst „mit richtigem Baby und lebenden Tieren“: Die Weihnachtmesse in der Kölner Kirche Sankt Peter genießt in Elternkreisen Kultstatus. Bei der frühabendlichen Kinderbescherung geht es turbulent zu. Über die Geschenke haben sich Eltern, Groß- und Stiefeltern im Vorfeld verständigt. Die Erwachsenen trinken Sekt und genießen das gute Essen, die „Schenkerei“ untereinander haben sie vor ein paar Jahren abgeschafft. „Wir stellen ein Sparschwein auf den Tisch und spenden für einen subventionierten Mittagstisch im Problemstadtteil Chorweiler“, berichtet Manfred Lingscheid.

Leuchtender Flickenteppich

So harmonisch spielt sich die „Heilige Nacht“ keineswegs

ständiger Zankapfel. „Patchwork“ heißt wörtlich „Flickwerk“, bedeutet ein Stück Stoff, das aus vielen kleinen Teilen zusammengesetzt ist. Im übertragenen Sinne meint es die Unübersichtlichkeit der heutigen Familienformen und Beziehungsmuster: die vielfältige Mischung aus traditioneller Kleinfamilie, nichtehelichen Gemeinschaften,



Patchwork-Familie – in diesem Fall brachten die Eltern jeweils drei Kinder aus erster Ehe in ihre neue Partnerschaft. Forscher schätzen, dass inzwischen jede siebte Familie in Deutschland aus verschiedenen Ursprungsfamilien zusammengesetzt ist. Foto: dpa

überall ab. Im Gegenteil, die großen Feste des Jahres sind in vielen „Patchwork“-Familien ein

getrennt lebenden Paaren, kinderlosen Ehen, Alleinerziehenden, Stief- oder Adoptivfami-

lien. Von der „Pluralisierung der Lebensformen“ und der „Tendenz zur Individualisierung der Biografien“ sprechen die Sozialforscher.

Nicht allen gelingt es, die bunten Muster dieses Flickenteppichs zum Leuchten zu bringen. Manche getrennt lebenden Eltern beschränken ihren Kontakt auf das Allernotwendigste; gemeinsame Familienfeiern wären für sie völlig undenkbar. Im besten Fall geht es darum, zusammen ein Arrangement zu finden, das wenigstens den Kindern gerecht wird.

„Wir hatten lange die Regelung: der eine bekommt sie am Heiligabend, der andere am ersten Weihnachtstag“, sagt Annette Brand, die von ihrem türkischen Mann geschieden ist. „Anfangs dachte ich, er ist doch Moslem, es kann doch kein Problem für ihn sein, auf ein christliches Fest zu verzichten“, erzählt die gelernte Erzieherin. Aber auch der Vater wollte den 24. Dezember mit seinen Töchtern verbringen – ein Streit, der schließlich vor dem Jugendamt ausgetragen wurde und mit einem Kompromiss endete. „Für uns war dann eben in jedem zweiten Jahr erst am Weihnachtstag Heiligabend“, erinnert sich Annette Brand. Weil sie mit ihrem Freund gerne in der Neujahrsnacht ausgeht, „laufen unsere Vereinbarungen jetzt nach der Devise „Ganz oder gar nicht: Wer die Kinder Heiligabend hat, hat sie auch Silvester. Zwischen den Feiertagen sind sie dann wieder bei uns.“

Für Petra Siemers, allein erziehende Mutter von zwei Söhnen, kommen solche Lösungen gar nicht erst in Betracht. Sie hat kurz nach der Geburt ihres zweiten Kindes den Kontakt zum Vater vollständig abgebrochen. „Für stimmungsvolle Weihnachtsfeiern interessierte der sich sowieso nicht“, sagt sie noch immer leicht verbittert. Petra Siemers fährt über die Festtage seit Jahren zu einem befreundeten kinderlosen Paar in deren Ferienhaus in den Bergen. „Klaus und Sonja sind sowieso die Paten meiner Jungs, und die Kleinen haben immer großen Spaß am Rodeln und Skifahren – vorausgesetzt natürlich, es liegt überhaupt schon Schnee.“

Spannungsvolle Beziehungen

Auch wenn es in der öffentlichen Diskussion manchmal so scheint: Nur die wenigsten Trennungsfälle landen spektakulär vor Gericht. Die meisten Paare, deren Partnerschaft gescheitert ist, haben sich zumindest in jenen Punkten geeinigt, die das Wohl des gemeinsamen Nachwuchses betreffen. Die praktischen Arrangements der „Patchwork“-Familien, die sich daraus ergeben, sind tatsächlich ein vielfältig schillernder Flickenteppich. So pendeln manche Kinder tage- oder wochenweise zwischen zwei Wohnungen. Andere leben fest bei einem Elternteil, meist bei der Mutter, und sind nur alle 14 Tage ein Wochenende „bei Papa“. Dafür verbringen sie vielleicht regelmäßig mit ihrem Vater die Sommerferien – oder er nimmt sie gelegentlich mit zu besonderen Ausflügen.

Zur bunten Mischung der kooperativen Regelungen und Lösungen gehört auf jeden Fall, den Kindern ein möglichst unbeschwertes Weihnachtsfest zu bieten – wenn auch eher selten in gemeinsamer großer Runde. Ein Problem sieht Annette Brand darin, dass „in Patchwork-Strukturen alle Verwandten gleich doppelt da sind“. Wenn beide Ex-Partner eine neue Familien gründen, gibt es nicht nur Omas und Opas, sondern auch Stiefgroßeltern, frühere Schwiegerväter oder ehemalige Schwägerinnen – teilweise so komplizierte Verwandtschaftsverhältnisse, dass sie sich sprachlich kaum noch beschreiben lassen. Und es sind keineswegs nur spannungsfreie Beziehungen, die auf diese Weise entstehen. Da liegt es nicht unbedingt nahe, wie bei Alexi-Lingscheids, gleich alle um einen Tisch zu versammeln.

Thomas Gesterkamp

Thomas Gesterkamp ist Journalist und Autor in Köln. Buchveröffentlichungen: „gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“ (Klett-Cotta 2002); „Hauptsache Arbeit – Männer zwischen Beruf und Familie“ (Rowohlt 1998).

Wie die Deutschen so sind – Studienergebnisse

Zum Jahresende neigt mancher zum persönlichen Resümee – wie war das Jahr, wie habe ich mich verhalten, was habe ich gegeben und was hat es mir gebracht? Interessant ist aber durchaus auch, wohin sich die Wertvorstellungen in Deutschland insgesamt bewegen, welche Lebensstile bevorzugt der Bundesbürger und wie sieht es überhaupt mit traditionellen Werten wie Recht und Ordnung, Fleiß und Gehorsam aus? Seit Jahrzehnten streiten Experten, ob sich innerhalb unserer Gesellschaft ein stetiger Werteverfall oder aber ein Wertewandel vollzogen habe. Nicole Behrens befasste sich näher mit dem Thema.

Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) leistet zur Beantwortung dieser Fragen seit 1989 mit repräsentativen Umfra-

gen – den so genannten „Socio-Waves Reports“ – ihren Beitrag. Danach driften die Werte der Deutschen immer weiter ausein-

ander. Heutzutage vertrauen z. B. immer mehr Menschen auf Gott und weniger ihren Mitmenschen. Im Vergleich zu 1999 berufen sie sich zunehmend auf Hedonismus (die Selbstdarstellung des Einzelnen), setzen sich zum Ziel, ihre eigenen Ideale zu verwirklichen und legen gesteigerten Wert auf materiellen Besitz. Auch Genuss und Luxus spielen für die Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Während 1998 und 1999 die Genussorientierung gegenüber 1995 gesunken war, stieg sie von Ende 1999 bis Ende 2001 wieder um 16 Indexpunkte an.

Andererseits wird aber auch

deutlich nach einem stützenden sozialen Netzwerk verlangt.

Die aktuellsten Ergebnisse des „Socio-Waves Reports 2003“ zeigen, dass die Vorsorge um die eigene Gesundheit sowie Wertorientierungen, die sich auf das gesellschaftliche Miteinander beziehen, für die Bürger im Jahr 2003 überaus bedeutsam sind. So sehen 86 Prozent der Befragten die Unterstützung von „Dialog und Verständigung“ als selbstverständlich an, während nur 16 Prozent meinen, der Stärkste solle seine Auffassung auch durchsetzen. Das Wachstum materialistischer und hedonistischer Werte, das in der Vorjahresstudie deutliche Aufwärtstendenzen aufwies, scheint im Jahr 2003 zum Stillstand gekommen zu sein.

Eine große Rolle spielt der

Wunsch nach Kooperation, obwohl das Vertrauen in die Menschheit sowie der Glaube an ein großes gemeinschaftliches Ziel auch im Jahr 2003 weiter abnahmen. Bezogen auf die eigene Person stehen zwar Integrität und Aufrichtigkeit hoch im Kurs, dennoch sind 25 Prozent der Befragten der Meinung: „Um nach oben zu kommen ist eigentlich alles erlaubt.“

Gesteigertes Sicherheitsbedürfnis

Die Ergebnisse des Jahres 2003 lassen den Schluss zu, dass mit den Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen auch Veränderungen der Wertorientierungen stattfinden, die durchaus eine bedeutende Rolle innerhalb der Gesellschaft spielen. Die für 2001 festgestellten Tendenzen eines gesteigerten Sicherheitsbedürfnisses sind einerseits vor den damals in den Vordergrund getretenen Terroranschlägen aber auch der schwierigen und sich bis heute noch verschärfenden wirtschaftlichen Lage zu bewerten. Man könnte von einer Krisenbewältigung der Gesellschaft sprechen, in der ganz unterschiedliche Strategien zur Sicherung anzutreffen sind. Die Krisenbewältigung der heutigen Zeit sei durch einen Rückzug aus großen Organisationen hin zu verstärkter Aktivität im Bereich der eigenen Belange gekennzeichnet, so Thomas Peichl von der GfK.

Trendwende zum Müllkonsum?

Greifen wir einmal im Geist zur Fernbedienung: In Talk-Shows werden so grundlegende Probleme wie „So findet man den richtigen Mann“ oder „Mein Partner hat mich betrogen“ ausbreitet. Oder den Zuschauern werden Menschen im Container, kurzlebige Superstars und Dschungelpromis präsentiert, die sich freiwillig dem Überlebenskampf stellen – natürlich ausschließlich vor der Kamera. Der neueste Schrei ist eine rus-

sische TV-Produktion namens „Golod“. À la Big Brother, nur prekärer, noch menschenwürdiger. In dieser Reality-Show geht es rund ums Hungern und Betteln. Zwölf junge Russen und Russinnen werden in einem Haus kaserniert. Reihum müssen die Bewohner raus, um auf Berlins Straßen Nahrung anzuschaffen, wie auch immer sie das anstellen. Der Hunger treibt sie sogar so weit, Prostitution als Mittel zum Zweck nicht auszuschließen.

Die Produzenten sind der Ansicht, es werde für die Masse produziert. Es gelte, die Bedürfnisse der Fernsehzuschauer zu be-

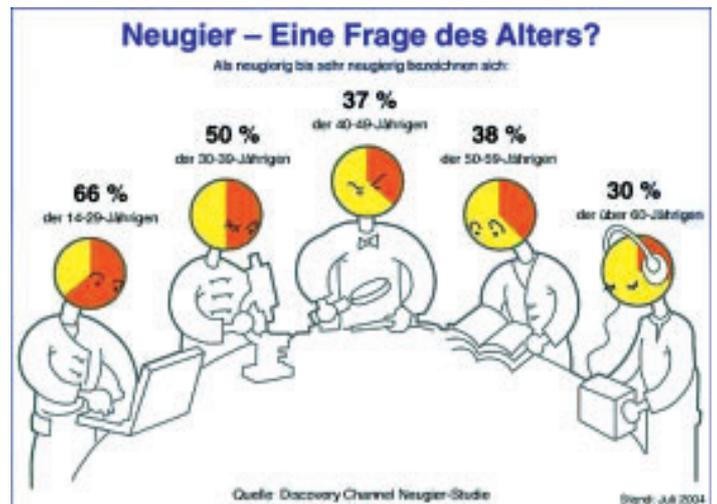


Unsere Autorin:
Nicole Behrens, Kommunikationswissenschaftlerin

friedigen. Die Einschaltquoten derartiger Shows können diese These nicht gerade widerlegen, womit wir wieder beim Thema wären: Wertewandel! Ist die heutige so genannte Trashkultur (auf Deutsch: Müllkultur) ein Indikator für den Wertewandel unserer Gesellschaft?

Wohlfahrtsgesellschaft = Tugendenverzicht?

Bereits seit Anfang der fünfziger Jahre machen die Vertreter der Werteverfalltheorie die Wohlfahrtsgesellschaft für ungünstige sozialpsychologische Veränderungen verantwortlich. Ein Resultat seien immer mehr verantwortungsscheue, am Mit-



In einer aktuellen europaweiten Vor-Ort-Befragung des Fernsehsenders DISCOVERY CHANNEL rangiert Deutschlands Neugier weit abgeschlagen hinter Polen und Schweden. Bei einer Befragung der Berliner wäre Deutschland ein vorderer Platz allerdings sicher gewesen, zeigt jetzt eine repräsentative Studie, die EMNID im Auftrag von DISCOVERY CHANNEL durchgeführt hat. Über die Hälfte der in Berlin Lebenden (57%) halten sich für ausgesprochen neugierig. In Bayern (36%) finden sich dagegen acht Prozent weniger Neugierige als im Bundesdurchschnitt (44%).
Quelle: obs/Discovery Channel

menschen uninteressierte Egoisten mit „Vollkasko-Mentalität“. Selbstsucht, Hedonismus, Materialismus und das Zurückziehen in die eigene Privatsphäre gedeihen – eine Erosion des Gemeinnsinns!

Zahlreiche renommierte Studien belegen jedoch, dass es keinen Grund gibt, den Teufel an die Wand zu malen. Sicher ist eine Verschiebung der Werte innerhalb der Gesellschaft zu erkennen. Betrachtet man die vergangenen dreißig Jahre, so ist ein Wandel von insgesamt abnehmenden Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu zunehmenden Selbsterfahrungswerten zu erkennen. Waren früher Gehorsams- und Unterordnungswerte dominant, sind heute Selbstständigkeit und freier Wille von großer Bedeutung.

Motive für Engagement

Auch wenn diese Werte selbstbezogener sind, hat der Wandel von Werten nicht zu einem Absterben gemeinschaftsbezogenen Engagements geführt. So ist beispielsweise das bürgerschaft-

liche Engagement nicht geringer geworden. Im internationalen Vergleich gesehen, befindet sich die Anzahl freiwillig Engagierter mit 39 Prozent in Deutschland eher am oberen Ende der Skala. Hingegen haben sich die Motive für bürgerschaftliches Engagement geändert. Hier ist nicht mehr das Aufopfern oder der Anschluss an eine „gute Sache“ vordringlich, sondern es sind Gründe wie Spaß, andere Menschen kennen zu lernen, aber auch die Faktoren Selbstentfaltung und Mitspracherecht. Der Mensch des 21. Jahrhunderts wägt viel penibler ab, für welche Belange seines sozialen Umfeldes es sich einzusetzen lohnt und welche Vorteile das persönliche Engagement dem Einzelnen bringt.

Auf den ersten Blick erscheint diese Denkweise egoistisch, doch gerade das Streben nach individueller Bedürfnisbefriedigung kann auch für die Gemeinschaft überaus ergiebig sein. Da sich die Menschen bewusster dafür entscheiden, in welchem speziellen Bereich sie sich engagieren wollen, ist davon auszugehen, dass

Jede Zeit hat ihre Werte. Erst im vergangenen Jahrhundert begann man zu messen, wie sie sich verändern:

Mitte 40er bis 60er Jahre: Zunehmende Verankerung der Demokratie. Umfrageergebnisse zeigten, dass man sich vom Stereotyp der „schwankenden Masse“ verabschiedet hat.

70er Jahre: Entstehung einer Generationskluft: Kinder lösen sich von den Meinungen ihrer Eltern und suchen nach eigenen Ansichten. Im Vordergrund stehen Werte wie Durchsetzungskraft und Stärke. Das Leben wird immer weniger als Aufgabe und mehr als Genuss verstanden. Werte wie Höflichkeit, sich in eine Ordnung einfügen, Anpassen und Sparsamkeit nehmen ab.

80er Jahre: Die Bereiche, in denen Eltern und Kinder einer Meinung sind häufen sich. Mitte der 80er lässt die Genussorientierung nach. Der Wunsch nach Glück und einem stabilen sozialen Netzwerk steigt kontinuierlich an.

90er Jahre: Seit Mitte der 90er Jahre erfahren der Wissensdurst und der Wunsch, seinen Horizont ständig zu erweitern, einen überdurchschnittlichen Anstieg. Ab 1995 ist ein Rückgang der Genussorientierung zu erkennen. Auch Werte wie Höflichkeit, ordentlich und gewissenhaft zu arbeiten, Sparsamkeit und sich einzuflügen sind wieder verstärkt zu erkennen.

Ab 2000: Die Genussorientierung der Bundesbürger nimmt zu. Arbeit erhält weiter einen hohen, positiven Stellenwert. Man strebt nach Selbstbestimmung und freiem Willen.

dort folglich auch mehr Energien investiert werden.

Besonders Masseninstitutionen wie Parteien, aber auch Gewerkschaften stehen vor dem Problem, auf die geforderten individuellen Engagementmotive einzugehen. Die Bürger wenden sich heutzutage eher unkonventionelleren Partizipationsformen mit informellen Strukturen und Rechtsformen zu. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die tradierten festeren Formen von Zusammenschlüssen gegenüber lockeren temporären in Zukunft immer weniger Aufmerksamkeit erhalten werden.

Ein deutlicher Indikator dieser „Politikmüdigkeit“ ist auch die marginale Wahlbeteiligung in jüngerer Zeit. Verschiedene Umfrageergebnisse begründen die verringerte Wahlbeteiligung mit mangelndem Vertrauen in die einzelnen Parteien. Die Bürger sprechen von einem Missverhältnis aus Versprechungen und Taten der Politik und bemängeln vor allem die fehlende politische Mitbestimmung. Auch hier zeigt sich, dass die Deutschen sehr wohl über ein ausgeprägtes Engagementpotential verfügen, jedoch nicht die Plattform sehen, auf der es sich lohnt zu agieren.

Regionale Werte-Unterschiede

Die Werte der Deutschen wandeln sich nicht nur zeitlich bedingt, sondern auch auf regionaler Ebene sind differenzierte Wertorientierungen zu beobachten. Während Freundschaften und Freizeit für das Leben innerhalb der gesamten deutschen Bevölkerung in ähnlicher Verteilung wichtig zu sein scheinen, sind es insbesondere die Faktoren Arbeit und Familie, die unterschiedliche Wertorientierungen erkennen lassen: Obwohl auch in den Alten Bundesländern die Familie zwischen 1990 und 2001 von durchschnittlich 72 Prozent aller Befragten als wichtiger Bestandteil des Lebens angesehen wurde, stellte die Familie als Lebensinhalt in den Neuen Bundesländern einen noch höheren Stellenwert dar (Durch-

schnitt 81 Prozent). Eine ähnliche Verteilung zeigte sich bezogen auf den Faktor Arbeit. Befanden 1996 71 Prozent der Ostdeutschen Arbeit als wichtigen Bestandteil des Lebens, so stimmten dieser Aussage nur 50 Prozent der westdeutschen Bevölkerung zu. Betrachtet man die Zahlen zwischen 1990 und 2001 so ist festzustellen, dass die Genussorientierung in den Alten Bundesländern ausgeprägter war als in den Neuen Bundesländern, für deren Bevölkerung eher das Pflichtbewusstsein in den Mittelpunkt des Lebens rückte.

Nicole Behrens

Werte- und Moralvorstellungen im Vergleich

Obwohl heute gerne von einer westlichen Welt gesprochen wird, sind zwischen den einzelnen Ländern deutlich unterschiedliche Moralvorstellungen erkennbar. So driften beispielsweise die Einstellungen zum Thema „sich scheiden lassen“ zwischen Europäern und US-Amerikanern weit auseinander. Während 46 Prozent der Amerikaner meinen, man dürfe sich unter keinen Umständen scheiden lassen, schien eine Scheidung für die meisten Europäer keine verwerfliche Handlung darzustellen. Ähnliche Verteilungen ergaben sich bei Themen wie Abtreibung und Homosexualität. Illegale Handlungen wie Schwarzfahren, Drogen zu sich zu nehmen oder unter Alkoholeinfluss Auto zu fahren, stießen in ähnlichem Maße in allen vier Ländern auf eine hohe Ablehnung.

Erstaunlich ist, dass sich Briten, Franzosen und Deutsche besonders in einem Punkt einig waren: Es sei verwerflicher, auf öffentlichen Plätzen Abfall wegzuworfen, als gegenüber der Polizei handgreiflich zu werden. Die Deutschen hatten dabei laut Umfrage am wenigsten Skrupel, die Hand gegen einen Polizeibeamten zu erheben.

Fortsetzung von Seite 18

tragenen Strukturen, ist laut Ratzel die größte Herausforderung für die zukünftige Gestaltung der Zusammenarbeit.

Für EuroCOP legte Heinz Kiefer den Schwerpunkt nochmals darauf, dass es in Zukunft in der EU ein Konzept zur polizeilichen Zusammenarbeit aus einem Guss geben muss. Kiefer: Das Europäische Netzwerk der Polizeizusammenarbeit ist vielfach eher ein Flickenteppich, in dem Maßnahmen sich zu oft überlappen, da sie unkoordiniert nebeneinander stehen.

Weiterer Kernpunkt der Diskussion war die Notwendigkeit, die Beamten vor Ort besser über die existierenden Möglichkeiten zum Beispiel der gemeinsamen Dienststellen oder Europol zu informieren. In diesem Punkt stößt EuroCOP bei der gegenwärtigen EU-Präsidentschaft der Niederländer auf offene Ohren, wie Jose Stolwyk vom Niederländischen Innenministerium betonte: Die Niederländische Präsidentschaft bemüht sich intensiv, v. a. Europol stärker in den Mittelpunkt der polizeilichen Zusammenarbeit zu rücken, um den Informationsaustausch transparenter zu gestalten. Hierdurch soll sich auch die Effizienz des Systems insgesamt verbessern.

Im Ergebnis konnte die Konferenz deutlich machen, dass im Bereich der Inneren Sicherheit in Europa noch große Herausforderungen zu bewältigen sind. Diese Herausforderungen liegen auch keineswegs ausschließlich bei den neuen Mitgliedsstaaten, sondern betreffen in gleichem Maße auch die bisherigen Mitglieder der EU.

Vor allem aber wurde deutlich, wie notwendig ein intensiver Austausch zwischen den Planern auf der EU-Ebene und in den nationalen Ministerien einerseits und den mit der Umsetzung betrauten Kollegen andererseits ist, damit eine effiziente Zusammenarbeit der Polizei über die Grenzen hinweg möglich wird. Vor diesem Hintergrund ist es besonders erfreulich, dass auf Seiten der EU-Institutionen eine große Bereitschaft zum Dialog mit EuroCOP als Stimme der Polizei in Europa deutlich wurde.

ju

Auf ein Wort

**Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,**

ich weiß nicht, wie es euch geht, ich jedenfalls habe den Eindruck, dass das Jahr, kaum dass es begonnen hat, auch schon wieder zu Ende ist. Damit stellt sich die ebenfalls jährlich wiederkehrende Frage, wo die Zeit geblieben ist.

Ich weiß, dass die Generationen den Ablauf eines Jahres unterschiedlich empfinden – für die Einen rast die Zeit, für die Anderen ist das Tempo völlig normal. Für alle aber stellen sich dieselben Fragen:

Hat man die Zeit des Jahres 2004 gut und sinnvoll genutzt? Sind die Vorsätze, die Ziele, über die man Ende 2003 vielleicht nachgedacht hat, erreicht?

Es geht wohl jedem so, dass durch den üblichen Tagesablauf einige vorgenommene Ziele stets verschoben werden. Wir haben es nämlich nicht nur in unserer Hand, was wir tun, wir sind auch mehr oder minder fremd bestimmt. Das weitere Verschieben ist im Grunde nur ein neues Besinnen, ein mögliches Korrigieren und weiteres Erarbeiten.

Haben wir nun als Seniorenvorstand das Ziel, das wir uns 2003 gesteckt haben, neben den vielfältigen Aufgaben wie z. B. die Erarbeitung des „Aktivprogramms für Senioren“, erreicht? Ich meine Ja. Mit dem Aktivprogramm, das vor der Umsetzung steht, hat der Seniorenvorstand im Jahre 2004 die Weichen für die Seniorenarbeit in der Zukunft gestellt und damit zugleich den Beweis geliefert, dass die Mitglieder nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bei ihrer Gewerkschaft der Polizei nicht vergessen sind.

Ich meine auch, dass wir das nun zu Ende gehende Jahr neben den einschneidenden Maßnahmen beim Beamten- und Versorgungsrecht im Großen und Ganzen noch ohne größere Blessuren erlebt haben. Sicherlich wird es auch so sein, dass es zu Verschlechterungen und Einbußen gekommen ist, doch gebe ich zu bedenken, von welcher Ebene aus man die sicherlich unangenehme Entwicklung betrach-

tet. Dies umso mehr, wenn man die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in so manchen Branchen der privaten Wirtschaft damit vergleicht.



**Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,**

ich möchte mich bei allen bedanken, die mich in meiner Seniorenarbeit unterstützt haben. Die vielfältigen Gespräche und Anregungen haben dazu beigetragen, das Jahr 2004 positiv abschließen zu können.

Zusammenstehen ist nötiger denn je, denn die für das kommende Jahr angekündigte Gesundheitsreform lässt erahnen, dass uns noch harte Auseinandersetzungen ins Haus stehen, was die Umsetzung dieser Reform auf den Beamtenbereich anbelangt. Die Gewerkschaft der Polizei wird alles daran setzen, den Prozess so mitzugestalten, dass insbesondere die Pensionäre nicht zu den Verlierern dieser Reform werden.

Das soll uns aber nicht davon abhalten, uns auf ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise der Familie und auf ein gesundes und möglichst friedlich verlaufendes Jahr 2005 zu freuen.

Bis zur nächsten Ausgabe
Euer

Heinz Blatt
Vorsitzender der
Seniorengruppe Bund

Die Chance der 60plus-Generation

Wie kann man sich dem unsäglichen, oft oberflächlichen Jugendwahn entziehen und agil und glücklich bis ins hohe Alter bleiben? – Zu diesem Thema kommen im Seniorenjournal in loser Folge Experten mit Überlegungen und konkreten Tipps zu Wort.

Diesmal Gedanken von Dr. theol. Heribert Niederschlag, Professor für Moraltheologie, Rektor der Philosophisch-theologischen Hochschule in Vallendar und Vizepräsident der interdisziplinären Gesellschaft für Palliativmedizin (iGP) Rheinland Pfalz.

Der Schuldige für alle sozialen Probleme in unserem Land scheint gefunden. Es ist die 60plus-Generation. Wie empfinden und beurteilen Sie die derzeitige Diskussion um die älter werdenden Menschen?

Die 60plus-Generation ist inzwischen zum Kernproblem der Debatte um die Zukunft des Sozialstaates geworden und rückt immer mehr ins Zentrum publizistischer Aufmerksamkeit. Nicht alle Vorhersagen sind gesichert, aber die bittere Erfahrung, dass der lang gepflegte „Jugendwahn“ in einen „Alterschock“ umschlagen kann, trifft viele unvermittelt. Die in den vergangenen Jahrzehnten betriebene Verherrlichung des Jungseins nagt am Selbstbewusstsein der Alternden. Man redet ihnen undifferenziert einen Abbau der Leistungsfähigkeit ein und schwächt das Selbstvertrauen. Wie werden sich schließlich die über 70-jährigen fühlen, wenn von „Rentnerschwemme“, „Altenlast“ und „Zukunftsdieben“ zu lesen und zu hören ist? Wen wundert es, dass sich Ältere, wenn sie kränklich werden und anderen „zur Last“ fallen, den Tod wünschen?

Gibt es für Sie dennoch ein „geglücktes Altern“?

Das Sterben gehört zum Leben. Wenn es nicht ausgeblendet bleibt, kann das Leben an Intensität und Farbe gewinnen. „Memento mori!“ – Denk daran, dass du sterben wirst!, so mahnt uns

das Mittelalter. Mit dieser Mahnung will es uns das Leben nicht vergällen. Im Gegenteil: Der Gedanke an den Tod will uns dazu führen, bewusster zu leben. Viele pflegen die „Ars moriendi“, die Kunst, sterben zu lernen, um intensiver leben zu können, um sich einzuüben in Gelassenheit und Vertrauen.

Der schweizer Psychiater C. G. Jung meint, ab der Lebensmitte würde nur der lebendig bleiben, der mit dem Leben sterben will. Er macht die Beobachtung, dass es oft die gleichen Menschen sind, die in der Jugend Angst vor dem Leben und im Alter Angst vor dem Sterben haben. Sie weigern sich, Ja zu ihrem Leben zu sagen, wie es nun einmal ist, zu einem Leben, das geboren wird und wieder sterben wird.

In der christlichen Tradition und in den Traditionen religiöser Kulturen – ich denke hier an das Judentum und den Islam und auch an den Buddhismus und Hinduismus – wird das Leben als Übergang, als Unterwegssein zu einem Ziel gedeutet. Vor diesem Ziel ist die Strecke des Sterbens zu durchstehen. Die spirituelle Literatur des Christentums deutet den Tod als Geburt in ein neues Leben. Niemand weiß, ob sie gelingt. Der schwedische Wissenschaftler, Nobelpreisträger und ehemaliger UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld schreibt in sein Tagebuch: „Das Schwerste: recht zu sterben. – Ein Examen, dem keiner entgeht – wie viele bestehen es? Und du

selbst, bete um Kraft für diese Prüfung – aber auch um einen milden Richter“.

Es gibt ein „Zu spät“!

Insgesamt gilt: Die beste Vorbereitung auf den guten Tod ist ein gutes Leben. Durch das Vorbedenken des Todes kann die Bereitschaft wachsen, einen Lebensstil zu entwerfen, den ich auf dem Sterbebett nicht zu bereuen brauche.

Was heißt das konkret? An welche konkreten Impulse denken Sie?

Zu allererst denke ich an den Mut, Zeiten auszusparen, um zur



Dr. theol. Heribert Niederschlag,

inneren Ruhe und zur Besinnung zu kommen. In der Stille kann ich am ehesten die leise Stimme vernennen, die mich drängt, das entschieden einzulösen, worauf es eigentlich ankommt und was auch im Angesicht des Todes bestehen kann. Friedrich Nietzsches Analyse seiner Zeit hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. In seinen „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ beklagt er die Hektik und den ansteigenden Lärmpegel. Alles Mögliche wird geplant und organisiert, um vor sich selbst und vor der eigentlichen Aufgabe zu fliehen. „Jeder Augenblick des Lebens will uns etwas sagen, aber wir wollen diese Geisterstimme nicht hören. Wir fürchten uns, wenn wir allein und stille sind, dass uns etwas in das Ohr geraunt werde, und so hassen wir die Stille und betäuben uns durch Geselligkeit.“

Was hier Not tut: ein neuer Umgang mit der Zeit. Es gilt, in wacher Aufmerksamkeit hinzu-

hören auf das, was vom Oberflächlichen wegführt und unserem Leben Tiefe und Sinn gibt.

Sie meinen, das Wissen um die Grenze des Todes müsse nicht lähmen, es könne auch Lebenskräfte freisetzen. Worin sehen Sie eine besondere Gefährdung, das Leben zu verspielen?

In der freundlichen Unverbindlichkeit. Wenn man Umfragen trauen kann, hat sich Ende der sechziger Jahre ein Trend bemerkbar gemacht, der bis heute ungebrochen ist, und den sensible Schriftsteller bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit „gewittert“ haben:

Immer mehr Menschen verweigern sich der unbedingten Verpflichtung und begnügen sich mit freundlicher Unverbindlichkeit. Von festen Überzeugungen, für die man einzustehen bereit ist, leben aber nicht nur Gruppen und Gemeinschaften, sie sind auch die Voraussetzung für das Glück des Einzelnen. Wo sich Verlässlichkeit, Wahrhaftigkeit, Treue, Zivilcourage in Alltagsentscheidungen umsetzen, erschließt sich dem Einzelnen die wichtigste Dimension der Zeitlichkeit und Geschichte. Die Geschichte wird ja nicht nur von den Ereignissen geschrieben, die sich „draußen“ abspielen, sondern vor allem von den „inneren“ Vorgängen: Sie ist die Geschichte des menschlichen Gewissens, der moralischen Siege und Niederlagen. Im Gewissen entscheidet sich, ob ich unterwegs bleibe zu meinem Leben oder mir und anderen etwas vormache und vorlüge, ob ich auf dem Weg, zu einer Persönlichkeit zu werden, vorankomme oder zur Maske verkomme. Lebe ich aus der inneren Kraft des Gewissens oder lasse ich mich treiben, sei es von meinen Launen und Leidenschaften, sei es von dem, was andere von mir erwarten? Das Gewissen als „Anwalt der Freiheit“ steuert gegen den Trend eines zu sehr am Äußerlichen und Oberflächlichen orientierten Verhaltens. Es ruft uns in die Pflicht und erinnert uns an die eigentliche Aufgabe: „Du sollst werden, der du bist!“

Heribert Niederschlag SAC

Bundesseniorenreise 2005

– vom 9. bis 18. September 2005

Baltikum (Litauen/Lettland) –

Die Bundesseniorenreise 2005 wird als kombinierte Flug-/Busreise mit drei Städteaufenthalten (jeweils drei Übernachtungen) durchgeführt. Sie beginnt in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, macht Zwischenstation in Kleipeda (ehemals Memel – Hafenstadt Nähe Kurische Nehrung) und führt nach Riga, Hauptstadt Lettlands, ehemals eine der bedeutendsten Hansestädte. Nach der Wiedererlangung der staatlichen Eigenständigkeit im Jahre 1990 haben sich die baltischen Staaten in einer verhältnismäßig kurzen Zeit den Anforderungen der freien Marktwirtschaft angepasst. Moderne Hotels und Gast-

stätten, ein vielfältiges kulturelles Angebot und nicht zuletzt die Freundlichkeit der Menschen gegenüber westlichen Besuchern hinterlassen angenehme Erinnerungen. Auch diese Bundesseniorenreise – mit den Schwerpunkten Erlebnis und Kultur – wird ein Reiseerlebnis besonderer Art. Moderne Hotels (Vier-/Fünf-Sterne-Häuser) sowie komfortable Reisebusse und erfahrene Reisebegleiter garantieren optimale Rahmenbedingungen.

Der Preis dieser Reise liegt bei ca. 1.300 Euro (p. P. DZ/HP). Näheres ist der Ausschreibung in der Januar-Ausgabe der Deutschen Polizei zu entnehmen.

Ratgeber „Erbschaften“ hilft Erben und Erblässern

Durch Erbschaften wechseln in Deutschland nach Schätzungen allein im Zeitraum zwischen 2001 und 2010 Immobilien, Geldvermögen oder Gebrauchsgegenstände im Wert von insgesamt zwei Billionen Euro die Besitzer. Doch wer bekommt welchen Anteil von dem Vermögen und wie ist für den Erblasser gesichert, dass auch alles nach seinem Willen geschieht?

Viele verdrängen das Thema Erben, nach dem Motto: Wer ein Testament macht, stirbt früher. Doch wer kein Testament macht, lässt seine Erben oft mit einer Fülle von Problemen allein. Hilfen, um Streit unter den späteren Erben zu verhindern, bietet der aktualisierte Ratgeber „Erbschaften“.

Auf 144 Seiten erfährt der Leser, was bei der Erbfolge zu beachten ist, was der Gesetzgeber vorschreibt und wie ein wirksames Testament oder ein Erbvertrag abgefasst wird. Denn wer über die rechtlichen Rahmenbedingungen Bescheid weiß, vermeidet schwerwiegende Fehler, die am Ende dazu führen können, dass eben

nicht alles nach seinem wirklichen letzten Willen geschieht.

Neben zahlreichen Tipps für diejenigen, die beizeiten an ihre Erbschaftsangelegenheiten denken, enthält der Ratgeber auch nützliche Hinweise für die Erben, für die der Todesfall eines nahen Angehörigen schon bitter genug ist und die sich plötzlich einer völlig ungewohnten Situation gegenübersehen. So kann es beispielsweise auch sinnvoll sein, das Erbe auszuschlagen.

Informiert wird außerdem darüber, was bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu beachten ist und wie sich auf legalem Weg Steuer sparen lässt.

Der Ratgeber „Erbschaften“ kann zum Preis von 9,80 Euro inklusive Versand- und Portokosten gegen Rechnung beim Verbraucherzentrum Bundesverband (vzbv) bestellt werden: Versandservice des vzbv, Heinrich-Sommer-Str. 13, 59939 Olsberg per Telefon: 0 29 62 - 90 86 47 per Telefax: 0 29 62 - 90 86 49 per E-Mail: versandservice@vzbv.de



Die dienstliche Beurteilung

Die Anpassung der Verwaltung an die Modernisierungsbestrebungen im politischen Raum zwingen auch zu Veränderungen im „Beurteilungswesen“. In den letzten Jahren haben sich hier deutliche Veränderungen ergeben, Rechtssprechung und Praxis beginnen neue Wege zu gehen.

In dieser überarbeiteten Auflage stellt der Verfasser die aktuelle Rechtslage bei Angestellten, Arbeitern und Beamten ausführlich dar. Dies reicht von den Voraussetzungen für die dienstliche Beurteilung bis hin zu den Arbeitszeugnissen. Darüber hinaus werden Wege aufgezeigt, wie durch ein notwendiges Umdenken in Rechtssprechung, Literatur und Praxis eine sinnvolle und effektive Gestaltung von Beurteilungssystemen in Zukunft möglich ist.

Die dienstliche Beurteilung – Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, Prof. Dr. Frank Bieler, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., 4. überarbeitete Auflage 2002, 327 Seiten, kartoniert, 39,80 Euro, ISBN 3-503-06672-1

Digitale Fotografie

Digitale Fotografie gewinnt in der Polizei und im privaten Bereich immer mehr an Bedeutung. Dabei kommt es besonders in der polizeilichen Fotopraxis darauf an, ein möglichst originalgetreues Abbild der Wirklichkeit wiederzugeben.

Die Fotografen Bettina und Uwe Steinmüller beschreiben die grundlegenden Arbeitsschritte vom Augenblick der Aufnahme

bis hin zum fertig gedruckten oder ausbelichteten Bild inklusive Sicherung und Archivierung. Bettina und Uwe Steinmüller gehen dabei insbesondere auf die Verarbeitung von Raw-Dateien, den so genannten rohen Bildformaten, ein, da diese ein Optimum an Bildqualität erlauben. Schritt für Schritt erklären sie anhand von Bildbeispielen die Funktionen und Techniken, die nötig sind, um hochwertige Ergebnisse zu erzielen.

Themen wie Ebenen in Photoshop und fortgeschrittene Retschetechniken werden in dem Buch ebenso behandelt wie die Erzeugung von Schwarzweiß-Aufnahmen aus Farbbildern.

Bettina und Uwe Steinmüller: Die digitale Dunkelkammer, dpunkt.Verlag, 310 Seiten, 44 Euro, ISBN 3-89864-301-8

Rechtslexikon für Jugendliche

Ladendiebstahl, Schwarzfahren, CDs kopieren ... ist doch nichts dabei? Kindern und Jugendlichen fehlt es immer mehr an ausreichendem Rechtsempfinden. Aber auch viele kleine juristische Fragen des Alltags machen Jugendliche ratlos: Darf ich mit 14 schon in die Kneipe? Wer muss meinen Arbeitsvertrag unterschreiben?

Hilfe bietet dieses Nachschlagewerk für Jugendliche: Von A wie Abtreibung bis Z wie Zeugenaussage werden über 180 Rechtsfragen aus dem Alltag von Jugendlichen aufgegriffen und in verständlicher Sprache beantwortet. Konkrete Alltagssituationen zu jedem Stichwort veranschaulichen juristische Sachverhalte und stellen Rechtsprobleme aus der Sicht Jugendlicher dar.

Dazu gibt es einen Überblick über unser Rechtssystem, seine Institutionen und Verfahren. Was macht ein Staatsanwalt? Wie verhalte ich mich als Zeuge? Was bedeutet „auf Bewährung“?

Ich hab doch Recht! Oder?, Lexikon und Rechtsratgeber für Jugendliche, Ulrike Hinrichs, Eleonore Gerhaher, ISBN 3-

86072-867-9, 18 Euro(D)/18,50 Euro (A)/31,50 CHF

Wie die Justiz funktioniert!, Infos und Arbeitsblätter zu unserem Rechtssystem, Ulrike Hinrichs, ISBN 3-86072-886-5, 16 Euro(D)/16,45 Euro(A)/28 CHF

Techno

Keine Jugendkultur polarisiert und beeinflusst die Gesellschaft unserer Tage derart wie die der Techno-Szene. Mit ihren verschiedenen Ursprungs- und Unterformen stellt sie ein Massenphänomen und zugleich eine Chance für identitätsstiftende Gemeinsamkeiten junger Menschen dar.

Veranstaltungen der Techno-Party-Szene sind weitgehend friedlich, gehen jedoch auch häufig mit dem exzessiven Konsum illegaler Drogen einher. Entsprechend müssen sich die staatlichen Sicherheitsorgane mit diesem Phänomen auseinandersetzen. Die anlassbezogenen Einsatzkonzepte sind dabei vornehmlich durch die operative Bekämpfung von Betäubungsmitteldelikten geprägt. Das vorliegende Buch behandelt zunächst die Entstehung und die Erscheinungsformen der Massenbewegung Techno. In diesem Kontext wird die besondere Verbindung zwischen Musik, Tanz und Drogenkonsum herausgestellt. Darauf aufbauend erfolgt eine umfassende Auseinandersetzung mit kriminalistischen, einsatztaktischen und rechtlichen Fragestellungen. Es geht um die interdisziplinär angelegte und systematische Aufbereitung vorliegenden Wissens zur Techno-Party-Szene mit dem Ziel der Weiterentwicklung eines strukturell-professionellen Einsatzmanagements bei Veranstaltungslagen.

Bestellmöglichkeiten:

Techno – Professionelles Einsatzmanagement von Polizei- und Ordnungsbehörden bei Veranstaltungen der Techno-Party-Szene, Hartmut Brenneisen, Michael Wilksen und Michael Martins. VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Forststraße 3 a, 40721 Hilden, 1. Auflage 2004, 256 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-8011-0502-4

Die verhaltensbedingte Kündigung

Was tun, wenn ein Mitarbeiter häufig zu spät kommt, seine Pausen überzieht oder am Arbeitsplatz Alkohol trinkt? Welches Verhalten bewegt sich im Rahmen des Zulässigen und welches brauchen Arbeitgeber nicht hinzunehmen? Oder umgekehrt: Wie sollten sich Arbeitnehmer verhalten, wenn der Chef mit Entlassung droht, weil im Büro geraucht wird? Eine Kündigung ist keine angenehme Angelegenheit.

Nicht nur für Arbeitgeber sind Grundkenntnisse im Kündigungsrecht unerlässlich. Auch Arbeitnehmer sollten wissen, welches Verhalten womöglich zu einer Kündigung führen kann oder – wenn bereits die „rote Karte“ gezeigt wurde – ob eine Kündigung tatsächlich Bestand hat. Welche Reaktionsmöglichkeiten hat ein Arbeitnehmer nach seiner Entlassung?

Der Leitfaden „Die verhaltensbedingte Kündigung“ erläutert Arbeitgebern und Arbeitnehmern Schritt für Schritt und leicht verständlich sämtliche Punkte rund um das Thema. Welche Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers können ein Kündigungsgrund sein, welche Rolle spielt die Abmahnung und auf welche Weise muss die Kündigung ausgesprochen werden, um rechtmäßig zu sein.

Auch dieser Ratgeber überzeugt durch seine Praxistauglichkeit: Eine Checkliste fasst alle relevanten Punkte auf einen Blick zusammen, die Musterschreiben um Abmahnung und Kündigung sind sofort für Ihre Zwecke einsetzbar und können vom Verlag intern auch als Word-Dokumente per Email bezogen werden.

Die verhaltensbedingte Kündigung, Verlag interna, 23 Seiten, 12,50 Euro, ISBN 3-937887-15-6

www.interna-aktuell.de